


www.laender-analysen.de/ukraine

ASSOZIIERUNGSABKOMMEN MIT DER EU
HUMANITÄRE LAGE
RELIGION IM OSTUKRAINE-KONFLIKT
MILITÄRKONFLIKT IN DER OST-UKRAINE

■ KOMMENTAR		Amnesty International: Keine Amnestie für Folter durch beiden Seiten des Konflikts	17
Regeltransfer ohne Elitenkonsens?		Erklärung der ukrainischen und russischen Medienorganisationen zur Medienfreiheit	17
Vorschläge zur Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine	2		
Von Julia Langbein, Berlin			
■ DOKUMENTATION		■ KOMMENTAR	
Erklärung »Über die europäische Wahl der Ukraine«	4	Religion im Ukraine-Konflikt	18
Poroschenko's Reformplan	5	Von Oleg Friesen, Berlin	
■ UMFRAGE		■ UMFRAGE	
Das Eurasische Integrationsbarometer 2014	6	Glaube, Konfession und Rolle der Kirche aus Sicht der Ukrainer	21
■ KOMMENTAR		■ KOMMENTAR	
Geteilt und geflüchtet in der Ukraine: zwei Gruppen mit zwei unterschiedlichen Zukunftsperspektiven?	8	Hintergründe des Ukrainekriegs	26
Von Vsevolod Kritskiy, Genf		Von Christian Wipperfürth, Berlin	
Wir sind ein Volk! Reintegrations- und Versöhnungsstrategien für die Ukraine	10	Die internationale Dimension des Ukraine-Konflikts: Worum es eigentlich geht	27
Von Dmitri Stratievski, Berlin		Von Heiko Pleines, Bremen	
■ STATISTIK		■ DOKUMENTATION	
Humanitäre Lage in der Ukraine	12	Das Minsker Memorandum vom 19. September	30
■ UMFRAGE		■ UMFRAGE	
Russische Meinungen über Flüchtlinge aus der Ukraine	15	Die Meinung der Ukrainer über die Gesetze zur Friedenssicherung	31
■ DOKUMENTATION		Russische Meinungen zum Waffenstillstand	32
Zum UN-Bericht über die Lage der Menschenrechte in der Ukraine	16	Russische Meinungen über den Tod von Fallschirmjägern aus Pskow	33
		■ CHRONIK	
		15. – 28. September 2014	35



Regeltransfer ohne Elitenkonsens?

Vorschläge zur Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine

Von Julia Langbein, Berlin

Das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine, das auch ein vertieftes und umfassendes Freihandelsabkommen beinhaltet, wurde am 16. September 2014 vom Europäischen Parlament und dem Parlament der Ukraine ratifiziert. Ein paar Tage zuvor hatten sich die EU, die Ukraine und Russland jedoch darauf geeinigt, die vollständige Umsetzung des Freihandelsabkommens bis Ende 2015 aufzuheben. Es soll lediglich die Ukraine beim Export in die EU weiterhin von Zollbefreiungen profitieren. Bestimmungen über Zollbefreiungen für Exporte aus der EU in die Ukraine sowie über den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse werden vorerst ausgesetzt. Gleichwohl bleibt die Frage nach den Bedingungen für einen erfolgreichen EU-Regeltransfer relevant. Der Teil des Assoziierungsabkommens, der bereits jetzt provisorisch gelten soll (für ein Inkrafttreten bedarf es noch der Ratifizierung durch alle EU-Mitgliedstaaten), sieht einen umfassenden EU-Regeltransfer in Bereichen wie Korruptionsbekämpfung, Menschenrechtsschutz, Energieversorgung und Verbraucherschutz vor. Zudem ist die Umsetzung des Freihandelsabkommens nur aufgehoben.

Bisherige Erfahrungen mit dem EU-Regeltransfer zeigen, dass institutioneller Wandel nicht durch die EU allein herbeigeführt werden kann. Die EU kann die Zeithorizonte lokaler Politiker und den Kreis reformorientierter Kräfte vergrößern sowie die Kosten, die sich aus einem fehlenden Reformwillen ergeben, erhöhen. Aber die Unterstützung lokaler Kräfte, insbesondere der Eliten, ist für einen effektiven Regeltransfer unabdingbar. Die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Eliten der Ukraine unterstützen die durch das Assoziierungsabkommen vorgesehene Anpassung an das EU-Regelwerk jedoch lediglich rhetorisch und haben bestenfalls ein Interesse an einer selektiven Implementierung.

Zwar hat sich die Regierung unter Arsenij Jazenjuk in den letzten Monaten darum bemüht, eine effektivere staatliche Koordinierungsstruktur für die Implementierung des Assoziierungsabkommens zu schaffen, und sie hat einige Gesetzesinitiativen auf den Weg gebracht, welche die Korruption in der Ukraine bekämpfen sollen. Allerdings zeigt der jüngste Rücktritt der Euromaidan-Aktivistin und Journalistin Tetiana Chornovol als Beauftragte für die Schaffung eines Anti-Korruptionsbüros, wie zäh der Kampf gegen bestehende Strukturen und eine in weiten Teilen reformunwillige Bürokratie ist.

Für einen effektiven Normentransfer im Kontext des Assoziierungsabkommens ist jedoch gerade die Korruptionsbekämpfung innerhalb des ukrainischen Verwaltungsapparates durch eine Überprüfung der leitenden Beamten dringend notwendig. Der Großteil der ukrainischen Beamten hat die Übernahme EU-konformer Gesetze in der Vergangenheit blockiert. Insbesondere die Regeln des EU-Binnenmarktes basieren auf vielfältigen Kooperationsformen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, während in der Ukraine staatliche Regulierungsbehörden eine Monopolstellung einnehmen. Viele Beamte fürchten als Konsequenz des Regeltransfers daher den Verlust ordnungspolitischer Macht und den damit einhergehenden Verlust von Einkünften aus korrupten Praktiken. Die Tatsache, dass der EU-Regeltransfer den Zugang zum europäischen Binnenmarkt erleichtert, ist für die Kosten-Nutzen-Rechnung dieser Beamten irrelevant.

Des Weiteren bleibt die Verquickung von politischen und wirtschaftlichen Eliten in der Ukraine nach wie vor bestehen. Ukrainische Oligarchen bekleiden weiterhin einflussreiche politische Ämter und es ist fraglich, ob sie tatsächlich an einer Einhaltung von EU-Regeln im Bereich des Wettbewerbsrechts, des öffentlichen Vergabewesens oder im Hinblick auf die Regulierung des Energiesektors interessiert sind, da viele von ihnen bisher vom Status quo profitiert haben. Zudem profitieren nicht alle ukrainischen Oligarchen gleichermaßen vom Zugang zum EU-Binnenmarkt. Für Oligarchen, die in erster Linie Stahl in die EU exportieren, sind die Anreize geringer, da Stahlexporte bereits seit dem Beitritt der Ukraine zur WTO keinen Importzöllen mehr unterliegen. Nahrungsmittelproduzenten profitieren hingegen von der Umsetzung des Freihandelsabkommens, das für diese Produkte einen verbesserten Marktzugang bietet.

Angesichts eines fehlenden Elitenkonsenses ist daher – unabhängig vom Ergebnis der Parlamentswahlen am 26. Oktober 2014 – mit erheblichen Schwierigkeiten bei der Umsetzung des Assoziierungsabkommens zu rechnen. Trotzdem kann die EU den Regeltransfer unterstützen, indem sie versucht, die Zahl reformorientierter Akteure in der Ukraine zu erhöhen und sie zu stärken. Nur so kann sich eine neue politische Elite im Land formieren, die sich dann auch für die Implementierung des Abkommens einsetzt und versucht, korrupte Praktiken einzudämmen. Darüber hinaus kann die EU nur dann die Implementierung des Assoziie-

rungsabkommens effizient und problemlösungsorientiert überwachen, wenn sie es schafft, eigene Informationsasymmetrien im Hinblick auf die Situation vor Ort mithilfe von öffentlichen und privaten lokalen »watchdogs« zu reduzieren. Konkret könnten drei Maßnahmen die Bedingungen für einen erfolgreichen Regeltransfer im Kontext des Assoziierungsabkommens verbessern:

1. **Antikorruption und Lustration.** Die Implementierung von Antikorruptionsmaßnahmen in der Ukraine sollte gesondert durch die Europäische Kommission überwacht werden. Modell könnte der Kooperations- und Überprüfungsmechanismus sein, der dazu dient, Fortschritte einzelner Mitgliedstaaten, wie beispielsweise Bulgariens, bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen in den Bereichen Justizreform und Bekämpfung der Korruption und des organisierten Verbrechens zu überprüfen. Finanzielle Hilfen und Visaerleichterungen sollten an Fortschritte gekoppelt und bei Rückschritten ausgesetzt werden. Beamte aus den EU-Mitgliedstaaten sollten den Aufbau eines neuen Verwaltungsapparates weiterhin durch Twinning-Maßnahmen begleiten. Im Bereich der Lustration sollte der Austausch zwischen ukrainischen NGOs, die sich in diesem Bereich engagieren, und Experten aus Deutschland und anderen EU-Mitgliedstaaten, die aufgrund ihrer eigenen Geschichte Erfahrungen mit unterschiedlichen Lustrationsstrategien sammeln konnten, verstärkt werden.
2. **Aufbau lokaler Kapazitäten für Implementierung und Monitoring.** In allen Politikbereichen und Sektoren, in denen ein Regeltransfer vereinbart wurde, muss sorgfältig analysiert werden, wer die Adressaten des Normentransfers sind. Dazu gehören nicht nur staatliche Behörden, sondern auch nicht-staatliche Akteure und deren Vertreter wie branchenspezifische Unternehmensverbände, Produzentenvereinigungen, Handelskammern und NGOs. Hier sollten Akteure aus allen Regionen der Ukraine einbezogen werden. Zum einen müssen gerade kleine und mittelständische Unternehmen, die besonders unter der hohen Korruption in der Ukraine zu leiden haben, bei der Umsetzung von europäischen Standards unterstützt werden, um überhaupt vom Zugang zum EU-Binnenmarkt profitieren zu können. Im Bereich der Landwirtschaft könnten sich EU-Hilfsprogramme an Vor-Beitrittsinstru-

menten wie SAPARD orientieren. Zum anderen sollte die Europäische Kommission ein Netzwerk aus staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren aus der Ukraine und den EU-Mitgliedstaaten aufbauen, auf das sie bei der Vorbereitung der Fortschrittsberichte und der Überwachung des Regeltransfers zurückgreifen kann. Nur so können die Probleme bei der Implementierung von EU-Regeln gegenüber der Kommission rechtzeitig signalisiert und Informationsasymmetrien über die Lage vor Ort möglichst klein gehalten werden.

3. **Planungskapazitäten.** Nicht-staatliche Adressaten des Regeltransfers können nur dann als Partner gewonnen werden, wenn die EU und die ukrainische Regierung potentielle negative Folgen des Regeltransfers frühzeitig identifizieren und in entsprechende Gegenmaßnahmen investieren. Die Europäische Kommission sollte Mittel für Studien zu Folgeabschätzungen bereitstellen, die nicht nur – wie bisher geschehen – die allgemeinen Auswirkungen des Assoziierungsabkommens auf die ukrainische Wirtschaft untersuchen. Vielmehr sollte die Folgeabschätzung auf alle Bereiche des Abkommens ausgeweitet werden. Die Berichte sollten konkret aufzeigen, wer die potentiellen Verlierer des Normentransfers sind, welche Maßnahmen von der ukrainischen Regierung zu ergreifen sind, um die sozialen Kosten gering zu halten, und wie EU-Hilfsprogramme diese Maßnahmen unterstützen können. Auf diese Weise wird die ukrainische Regierung dazu angehalten, unter Einbeziehung nichtstaatlicher Akteure mittel- und langfristig zu planen, wie der Regeltransfer an eine nationale Entwicklungsstrategie gekoppelt werden kann. Die EU-Hilfsprogramme wiederum könnten verstärkt auf die Bedürfnisse der Ukraine zugeschnitten werden.

Diese drei Maßnahmen haben natürlich nur Aussicht auf Anwendung, wenn sich die EU und ihre Mitgliedstaaten über die grundsätzlichen Ziele ihrer Politik gegenüber der Ukraine klarwerden. Wenn es tatsächlich um die Umsetzung des Assoziierungsabkommens geht, laut dem die Ukraine ca. 80 bis 90 Prozent des *acquis communautaire* übernehmen soll, dann müssen sich die Instrumente der EU schon jetzt stärker an der (Ost-)Erweiterungsstrategie orientieren, auch wenn die Ukraine bestenfalls langfristig Aussicht auf einen EU-Beitritt hat.

Über die Autorin:

Dr. Julia Langbein ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Arbeitsstelle Europäische Integration der Freien Universität Berlin und wissenschaftliche Koordinatorin des EU-FP7-Projekts MAXCAP (»Maximizing the Integration Capacity of the European Union«).

Erklärung »Über die europäische Wahl der Ukraine«

The Verkhovna Rada of Ukraine adopted the Resolution “On the Statement of the Verkhovna Rada of Ukraine ‘On the European Choice of Ukraine’” (press release, 16.09.2014)

The Statement reads out:

An outstanding event took place in the history of modern Ukraine—the Ukrainian Parliament has made a crucial step in the direction towards the European integration.

Having overcome 23 years of hesitation, uncertainty, and hardship, as well as counteraction to dreadful aggression, Ukrainian people have won their right to live in a free and democratic state. Such status can be acquired only in the union of equal, prosperous, democratic and legal European states.

The EU-Ukraine Association Agreement provides us with such a unique opportunity. Its ratification allows beginning a comprehensive reforming of the state on the basis of European standards and values. We understand that this will be a complicated way, however, we see no other alternative for our country.

Now all branches of power demonstrate unity of views on Ukraine’s European prospective, in no small part due to the factor of external pressure that was clearly directed at making our country retreat from its far-reaching choice. The one who exerts this pressure should realize that the greater the pressure is, the greater the resistance will be, and the more united Ukrainian people will become in their fight for the choice of their future. Whereas aspiration for a higher level of civilizational development, that is based on democracy and civil society, is the integral part of strategic development of our country.

The Verkhovna Rada of Ukraine as the only legislative authority that embodies the will of its electorate claims that by having ratified the EU-Ukraine Association Agreement, Ukraine, as a European state that shares common values of democracy and the rule of law, emphasizes its sovereign choice for the benefit of the future membership in the European Union under article 49 of the Treaty on European Union.

In connection with this, Ukrainian parliamentarians stress that Ukraine views the ratified EU-Ukraine Association Agreement as a tool for a comprehensive preparation in order to reach this aim.

The Verkhovna Rada of Ukraine considers ratification of the Agreement not only as an impetus for implementing further reforms in Ukraine but also as another step on the way to accomplishing its main objective—the European integration—becoming a full member of the European Union.

Ukraine’s decision regarding the European future is decisive and final.

And nobody will compel our country to change the movement vector on this way.

The respective bill was registered under No. 5076.

Quelle: Information Department of the Verkhovna Rada of Ukraine Secretariat, <<http://portal.rada.gov.ua/en/news/News/News/page/en/news/News/News/97809.html>>

Poroschenko's Reformplan

Petro Poroshenko presented "Strategy of reforms – 2020": The purpose of reforms is membership in the EU (press release, 25.09.2014)

President of Ukraine Petro Poroshenko presented "Strategy of reforms – 2020". "The purpose of our ambitious reforms is to achieve European standards of life and prepare for the application for the EU membership in 2020," the Head of State said.

According to the President, "our revolution has won with a delay of several centuries and we have only a few years to overcome this critical gap".

Petro Poroshenko emphasizes that reforms must be systemic and touch upon all political, economic and social institutions. That's why "Strategy – 2020" provides for 60 reforms and special programs that must be launched almost simultaneously, he stressed.

The President called 8 top-priority spheres reforms in which resolve the most urgent problems or create institutional preconditions for the implementation of other reforms. These priorities are anti-corruption and judicial reforms, reformation of law enforcement bodies, decentralization and state governance reform, tax reform, deregulation and development of entrepreneurship, reformation of security and defense system, health-care reform.

"I would add two special urgent programs – energy independence and further popularization of Ukraine in the world," the Head of State noted.

Petro Poroshenko called judicial reform the main one. "The essence of all reforms is to create good and fair rules instead of bad, unfair and unequal," he said noting the role of courts in the given process.

"Judicial reform is a kind of initial reform, just like amendments in public administration. The whole state machine is customized by corruption interests," the President said. According to him, reforms must be preceded by radical renewal of the government's staff.

The Head of State stressed: "I set a task for myself, for the brainstorming center of reforms in the Presidential Administration, for the Cabinet of Ministers: to elaborate a package of draft laws for the beginning of top-priority reforms by the first session of the newly elected Verkhovna Rada". "By the way, on October 14, I will firmly demand the old Parliament to adopt the law on the National Anti-Corruption Bureau," he stressed.

At the same time, the President emphasizes that elaboration and implementation of reforms must be carried out jointly with experts and civil society.

"Reforms must become a result of joint efforts of all branches of power, society and business. My function is to create political conditions favorable for the implementation of reforms," Petro Poroshenko noted.

"Strategy – 2020" consists of three vectors: sustainable development of the country; security of the state, business and citizens; responsibility and social justice. The main precondition of this work must become a new social contract between the civil society, government and business where each side will have its own area of responsibility, the Head of State said.

The President particularly emphasizes that "Strategy – 2020" must unite all political forces around one common goal. "Political competition should move to the plane of finding optimal ways of implementation of reforms and achievement of a common goal. We shouldn't discuss where to go anymore. The topic of discussion is how to go there," Petro Poroshenko noted.

Quelle: Press office of President of Ukraine, <<http://www.president.gov.ua/en/news/31289.html>>

UMFRAGE

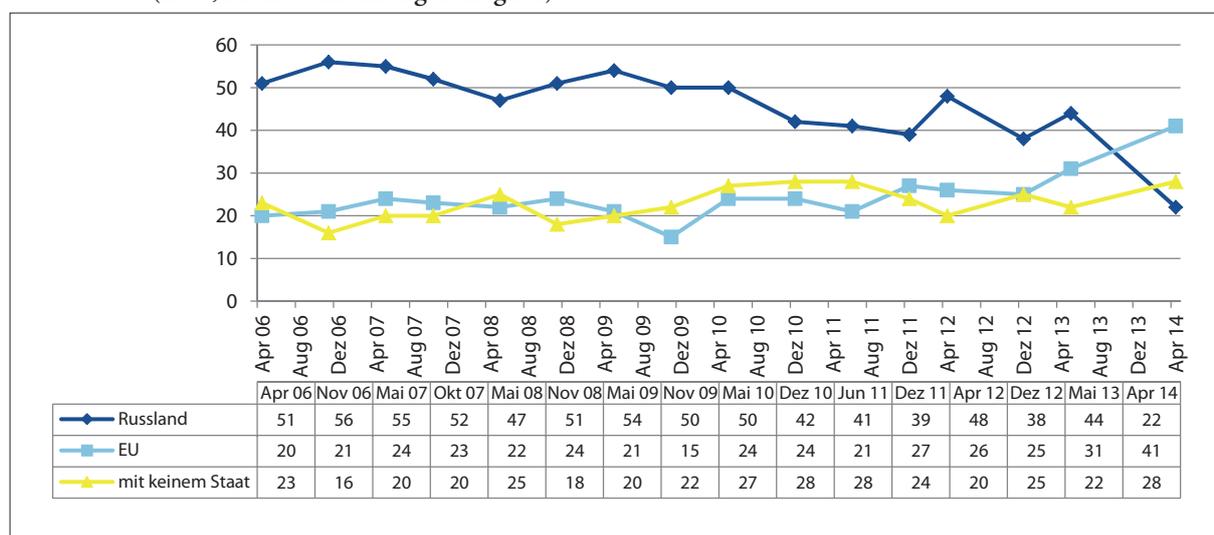
Das Eurasische Integrationsbarometer 2014

Das Langzeit-Projekt des EDB-Zentrums für Integrationsforschung »EDB Integrationsbarometer« stellt die Ergebnisse einer umfassenden Studie über die öffentliche Meinung zur Integration in der GUS-Region. Es basiert auf jährlichen Umfragen der öffentlichen Meinung in 12 Staaten der GUS-Region zu einem breiten Spektrum von Themen, wie multilaterale wirtschaftliche Zusammenarbeit, zwischenstaatlichen politischen Beziehungen, soziale und geschäftliche Kontakte und kulturelle Wechselwirkungen.

Eines der Hauptziele dieses Projekts ist die Untersuchung der gesellschaftlichen Unterstützung für die Zollunion und den Einheitlichen Wirtschaftsraum (künftig: der Eurasischen Wirtschaftsunion); es wird nicht nur in den drei Mitgliedsländern durchgeführt, sondern in der gesamten Region.

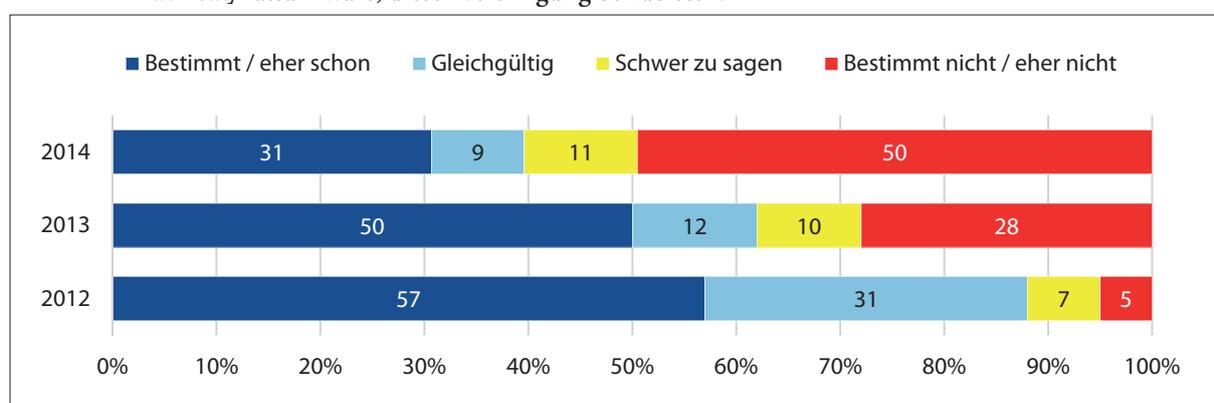
Quelle: <http://www.eabr.org/e/research/centreCIS/projectsandreportsCIS/integration_barometer/index.php?id_16=42460>

Grafik 1: Mit welchem dieser Länder [sic] wäre es richtig, Ihr Land [die Ukraine, Anm. d. Red.] zu vereinigen? (in %, Mehrfachnennungen möglich)



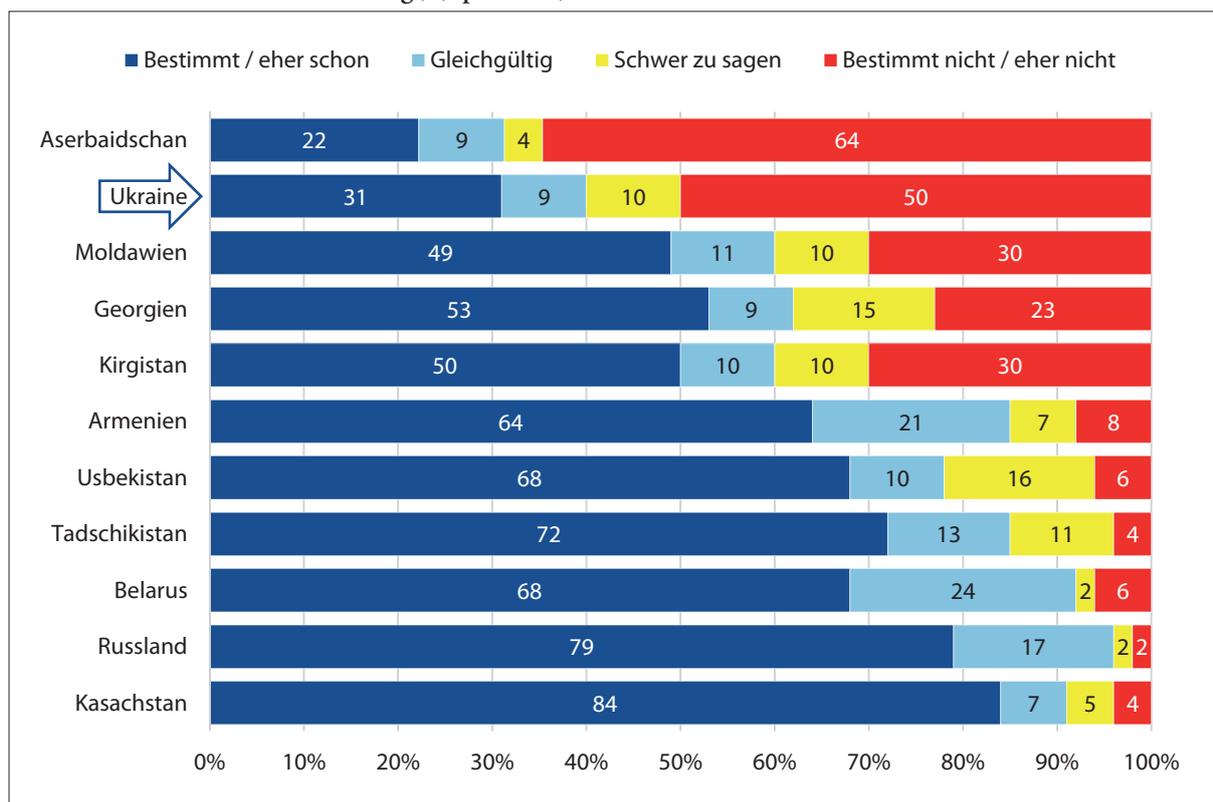
Quelle: EDB Integration Barometer 2014 (third wave of survey), russischsprachige Version, S. 95, <http://www.eabr.org/general//upload/CII%20-%20izdania/2014/Barometr-2014/EDB_Centre_Analycal_Report_25_Full_Rus_1.pdf>

Grafik 2: Belarus, Kasachstan und Russland sind der Zollunion beigetreten, die den Handel zwischen diesen drei Ländern von Abgaben befreit und den Einheitlichen Wirtschaftsraum geschaffen hat (einen Binnenmarkt zwischen diesen drei Ländern). Glauben Sie, dass es für Ihr Land [die Ukraine, Anm. d. Red.] ratsam wäre, dieser Vereinigung beizutreten?



Quelle: EDB Integration Barometer 2014 (third wave of survey), S. 7, <http://www.eabr.org/general//upload/CII%20-%20izdania/2014/Barometr-2014/EDB_Centre_Report_25_Analycal_Summary_Eng.pdf>

Grafik 3: Belarus, Kasachstan und Russland sind der Zollunion beigetreten, die den Handel zwischen diesen drei Ländern von Abgaben befreit und den Einheitlichen Wirtschaftsraum geschaffen hat (einen Binnenmarkt zwischen diesen drei Ländern). Glauben Sie, dass es für Ihr Land ratsam wäre, dieser Vereinigung beizutreten? (Für Belarus, Kasachstan und Russland lautete die Frage: Was halten Sie von dieser Entscheidung?) (April 2014)



Quelle: EDB Integration Barometer 2014 (third wave of survey), S. 7, <http://www.eabr.org/general//upload/CII%20-%20izdania/2014/Barometr-2014/EDB_Centre_Report_25_Analycaal_Summary_Eng.pdf>

Geteilt und geflüchtet in der Ukraine: zwei Gruppen mit zwei unterschiedlichen Zukunftsperspektiven?¹

Von Vsevolod Kritskiy, Genf

Zusammenfassung

Die Flüchtlingssituation in der Ukraine verändert sich wegen der schnellen Entwicklung des Konflikts im Osten ständig. Was im Frühjahr mit den von der Krim flüchtenden Menschen als kleines Rinnsal begann, hat sich in eine veritable Flut verwandelt, als die ukrainische Regierung ihre Militäraktionen gegen die pro-russischen Separatisten verstärkte.

Zwei Gruppen von Binnenflüchtlingen, zweierlei Zukunftsaussichten

Insgesamt gibt es mehr als 275.000 Binnenflüchtlinge im Land (s. Grafiken 1 u. 2 auf S. 12), die vor allem zwei unterschiedlichen Gruppen angehören. 257.000 Menschen sind aus der Ostukraine geflohen und 17.000 von der Krim, hauptsächlich in die östlichen an Donezk angrenzenden Regionen und nach Kiew.

Während die letztere Gruppe vor allem aus politisch aktiven Unterstützern der neuen ukrainischen Regierung besteht, sind die Angehörigen der ersteren in der öffentlichen Wahrnehmung Sympathisanten der Separatisten, die nicht arbeiten wollen und bereit sind, Ärger zu verursachen. Dieses Narrativ wird durch Aktionen lokaler Medien und Politiker verstärkt, die dazu neigen, Einzelfälle übersteigert darzustellen.

Ein Großteil der Flüchtlingsbewegungen auf der Krim wurde nach dem Unabhängigkeitsreferendum im März durch Drohungen und gewalttätige Übergriffe auf Grundlage politischer, ethnischer oder religiöser Zugehörigkeiten losgetreten.

Die neuen russischen Behörden und ihre Unterstützer haben es dort besonders auf politisch aktive Unterstützer der Euromaidan-Bewegung abgesehen, die den letzten Präsidenten entmachtete, sowie auf die Krimtataren, eine ethnische Minderheit mit mehr als 240.000 Angehörigen auf der Halbinsel, deren Geschichte von antirussischen Gefühlen geprägt ist, da Stalin sie in der Vergangenheit von der Krim deportierte.

Viele der Binnenflüchtlinge von der Krim betrachteten ihre Flucht ursprünglich als vorübergehend, angesichts der momentanen Realitäten werden sie jedoch höchstwahrscheinlich länger auf dem ukrainischen Festland bleiben, denn sie sind zu einer Rückkehr auf die Krim nicht bereit, solange diese Teil Russlands ist. Zudem können sie wegen der Schließung der ukraini-

schen Banken auf der Halbinsel nicht auf ihre Ersparnisse zugreifen und auch ihre Vermögen können sie wegen neuer Systeme zur Registrierung von Eigentum nicht veräußern. Diese führen die russischen Behörden derzeit ein, um zu verhindern, dass die Binnenflüchtlinge ihren ursprünglichen Besitz verkaufen. Das wiederum erschwert einen langfristigen Neuaufbau ihrer Existenzen auf dem ukrainischen Festland. Die Rückkehr der Flüchtlinge aus dem Osten der Ukraine hat dagegen bereits begonnen – 50.000 Menschen sind seit dem 22. September zurückgekommen. Die meisten der Binnenflüchtlinge aus dem Osten sind Frauen und Kinder, Männer sind seltener geflohen. Einige haben sich entschieden, den Familienbesitz zu beschützen, andere konnten Kontrollstellen der Separatisten oder der ukrainischen Armee nicht passieren; letztere zogen sie zum Kampf gegen die Armee ein, erstere misstrauten ihnen aus eben diesem Grund.

Diese Flüchtlingsgruppe, deren Rückkehr sich abzeichnet, plant keine Integration in die Regionen, in die sie geflüchtet ist. Das verschlechtert die Beziehung zur ortsansässigen Bevölkerung, die ohnehin schon mit Ressourcenmangel zu kämpfen hat. Dass einige der Binnenflüchtlinge aus dem Osten – anders als die Binnenflüchtlinge von der Krim – der ukrainischen Regierung und der ukrainischen Armee zudem kritisch gegenüberstehen und die separatistische Bewegung im Osten offen unterstützen, heizt den Konflikt noch weiter an.

Der Umgang mit den Binnenflüchtlingen

Die ukrainische Regierung, noch sehr mit der Bewältigung der Euromaidan-Ereignisse und der Entmachtung des früheren Präsidenten beschäftigt, hatte wenig Kapazitäten, um die Situation der Binnenflüchtlinge zu meistern. Zu unmittelbarer Hilfe und Betreuung einschließlich provisorischer Unterbringung waren lokale und regionale Behörden aber in der Lage.

Hauptsächlich waren es lokale NGOs, Freiwillige und internationale Organisationen, die den Binnenflüchtlingen bei der Suche nach Arbeit und Unterkunft, bei der finanziellen Versorgung sowie durch unmittel-

¹ Dieser Artikel ist die aktualisierte Version eines Texts, der am 15. August 2014 auf der Website des International Displacement Monitoring Centre unter <<http://www.internal-displacement.org/blog/2014/divided-and-displaced-in-ukraine-two-groups-facing-two-different-futures>> publiziert wurde.

bare humanitäre Unterstützung geholfen haben. Außerdem öffneten Bürger vor Ort ihre Wohnungen und Häuser für die Binnenflüchtlinge.

»Der Großteil der Hilfe, die ortsansässige Bürger und Freiwillige leisten, läuft jedoch nach und nach aus«, so das Büro der Vereinten Nationen zur Koordinierung humanitärer Angelegenheiten. Ihre Ressourcen erschöpften sich und es entzündeten Spannungen zwischen Binnenflüchtlingen und aufnehmenden Gemeinden.

Im Juni kündigte die Regierung an, ab Juli 75 Prozent der Unterkunftskosten für die Binnenflüchtlinge von der Krim zu übernehmen. Außerdem genehmigte sie einen Aktionsplan zur effizienteren Versorgung aller Binnenflüchtlinge mit Unterstützungsleistungen. Angesichts der wachsenden Zahl und der wachsenden Bedürfnisse der Binnenflüchtlinge hatten sich die bisherigen Maßnahmen als unzureichend erwiesen.

Daraufhin genehmigte das ukrainische Parlament ein Gesetz über Binnenflüchtlinge, das der Präsident jedoch als unzureichend ansah und mit einem Veto stoppte. Als nicht ausreichend betrachtete er es, weil es Unterbringung und Unterstützung nicht absicherte, keine Koordinationsmechanismen innerhalb der Regierung vorsah und internationalen Standards nicht entsprach.

Nach dem Veto begann eine aus Zivilgesellschaft, internationalen Organisationen und dem Büro des Präsidenten zusammengesetzte Arbeitsgruppe, eine neue Gesetzgebung zu Binnenflüchtlingen zu erarbeiten. Ihr Gesetzentwurf enthält Bestimmungen zur Finanzierung der Flüchtlingsunterbringung für sechs Monate, zu einem verbesserten Zugang zu Sach- und Sozialleistungen und zu Kompensationen für zerstörtes oder verlorenes Eigentum. Außerdem sieht er zinsverbilligte Darlehen für Binnenflüchtlinge von der Krim vor.

Über den Autor:

Vsevolod Kritskiy ist Doktorand in Internationaler Geschichte am Genfer Hochschulinstitut. Er war Junior Fellow am Internal Displacement Monitoring Centre des Norwegischen Flüchtlingsrats, wo er sich auf die Ukraine-Krise konzentrierte. Seine Dissertation untersucht die Nationenbildung in der Sowjetunion in der Folge des Ersten Weltkriegs. Dieser Artikel enthält Informationen aus Interviews mit dem UNHCR, der Kharkiv Human Rights Protection Group und der Initiative SOS Krim.

Sein vielleicht wichtigster Punkt ist die Abschaffung der Besteuerung der lokalen und internationalen humanitären Hilfe, die deren Umfang momentan deutlich verringert.

Trotz der sehr ernsthaften Situation der Binnenflüchtlinge hat es das ukrainische Parlament nicht geschafft, den Gesetzentwurf im August oder September anzunehmen, der letzte Versuch hierzu scheiterte am 16. September aus Zeitmangel; die Rada musste sich mit umstrittenen Gesetzen zur Lustration, mit einer Amnestie für die an den Ereignissen in Luhansk und Donezk beteiligten Personen und mit dem Gesetz über einen Sonderstatus einzelner Bezirke der Regionen Donezk und Luhansk befassen. Aufgrund der anstehenden Wahlen ist der nächste Zeitpunkt, zu dem die Gesetzgebung zu Binnenflüchtlingen angenommen werden kann, der 14. Oktober.

Bislang ist schwer abzusehen, welche Teile im Zuge der Diskussion in der Rada herausfallen werden und was zu dem Entwurf hinzugefügt werden wird. Änderungen wird es aber definitiv geben. Die parlamentarischen Gesetzgeber wollen den Abschnitt loswerden, der die Besteuerung der lokalen humanitären Hilfe abschaffen würde, der Zivilgesellschaft ist es wichtig, dass das Gesetz auch staatenlose Flüchtlinge und Bürger anderer Staaten begünstigt.

Die Gesetzgeber in der Rada sollten sicherstellen, dass die die Gesetzgebung zu Binnenflüchtlingen internationalen Standards entspricht und dass sie eine ausreichende Unterstützung für Binnenflüchtlinge vorsieht, die in nicht winterfesten Unterkünften leben. Das ist angesichts des bevorstehenden Winters momentan das drängendste Problem.

Übersetzung aus dem Englischen: Sophie Hellgardt

Wir sind ein Volk! Reintegrations- und Versöhnungsstrategien für die Ukraine

Von Dmitri Stratievski, Berlin

Zusammenfassung:

Das neuerdings im Internet in Umlauf gebrachte Wort »Watniki« (für die Träger von Wattejacken aus der Sowjetzeit, ein für Kriminelle und die Unterschicht typisches Billigkleidungsstück) ist eine generalisierende und verächtlichmachende Bezeichnung für alle europakritischen Personen, überwiegend in der Ostukraine. Hinter der »Dämonisierung des Ostens« verbergen sich ernstzunehmende Gefahren für den erfolgreichen Reintegrationsprozess in der Ukraine. Das Land braucht ein gesamt nationales Konzept der (Neu-) Einbindung der Bevölkerung im Donbass, das die Menschen jeden Alters und aller Bevölkerungsschichten anspricht und mitnimmt. »Wir sind ein Volk!«, hieß es bei der deutschen Novemberrevolution 1989. Dieser Spruch ist heute von außerordentlicher Aktualität für die Ukraine.

Einleitung

Die im September in Minsk vereinbarte, wenn auch brüchige Feuerpause sowie eine Stärkung der Rolle der OSZE bringen neue Hoffnungen auf eine baldige politische Lösung der Ukraine-Krise mit sich. Selbst wenn der groß angelegte Kampfeinsatz in der Ostukraine sich dem Ende zuneigen und die Separatisten ihre Aktivitäten einstellen würden, würden die verbalen Gefechte in den Print- und elektronischen Medien der Ukraine unvermindert weitergeführt werden. Auf privater Ebene, im Kreis der ukrainischen Bürger, werden Worte als geistige Massenvernichtungswaffen benutzt. Alle Konfliktparteien agieren mit entehrenden Denkmustern und Klischeebildern. Die politischen Meinungsführer betrachten diese zwischenmenschliche Verhärtung eher als Kollateralschaden. Eine Mehrheit der Anhänger der ukrainischen Einheit verschiebt die Versöhnungsarbeit bzw. die Erarbeitung eines Masterplans zur mentalen Reintegration der Menschen aus Donezk und Luhansk in den ukrainischen Kulturraum bis auf weiteres. »Erst der Sieg, dann das Wort«, lautet eine verbreitete Prämisse. Hier liegt ein wichtiger Denkfehler vor, denn kein militärischer Erfolg und keine bis ins Detail ausgearbeitete Friedensinitiative sichern allein eine dauerhafte Stabilität im Lande.

Problembeschreibung

Das Konfliktpotential in der ukrainischen Gesellschaft wurde lange Zeit unterschätzt. Im öffentlichen Diskurs dominierte die Annahme, das Land sei ein komplexes und vielfältiges, aber friedliches Gebilde. Religiöse, sprachliche und weltanschauliche Unterschiede werden zwar anerkannt, aber als unbedeutend für die territoriale Integrität des Staates betrachtet. Die ukrainischen Politiker manipulierten und instrumentalisierten diese Prozesse für ihre kurz- und mittelfristigen Mobilisierungszwecke. Vertreter aller Parteien und Teile der Massenmedien heizten die Menschen direkt oder indi-

rekt auf. Der damalige Bildungsminister Dmytro Tabatschnyk etwa beschimpfte 2010 die Bewohner der Westukraine und sprach den Menschen in Galizien das Recht ab, Ukrainer zu sein. 2014 sprach Jurij Luzenko, der Vorsitzende der Poroschenko-Partei, in ähnlichem Stil über alle Menschen in Donezk und Luhansk.

Während sich die Maidan-Bewegung 2013 ursprünglich als Anwalt aller Ukrainer positionierte (für europäische Werte, einen hohen Lebensstandard, gute Arbeits- und Bildungschancen und Entwicklungsperspektiven), kam es im Zuge der Zuspitzung des Konflikts zu einem verstärkten Gebrauch von polarisierenden Stereotypen. Den Maidan-Befürwortern (»Westukrainer«) wurden pauschalisierend »Faschismus« und »Bandera-Treue« zugeschrieben. Die Maidan-Kritiker (»Ostukrainer«) wurden in ihrer Gesamtheit als »rückständige Sowjetnostalgiker« abgestempelt. In der russischsprachigen ukrainischen Zeitung »Nowoje wremja« erschien im August 2014 eine Publikation mit dem Titel »Warum werden die Ukrainer von der Donbass-Bevölkerung getötet?«. Der Autor schließt die Menschen im Osten des Landes damit aus dem ukrainischen Kulturraum aus und er kommt zu dem Schluss, die »Deklassierten und Arbeitslosen im Osten« hassten Kiew und wollten sich für ihr Elend rächen. Dabei machten sie die Zentralregierung für soziale Missstände verantwortlich, ohne diese der lokalen Mafia anzulasten. Dieser Artikel ist kein Einzelfall. Die Online-Zeitung »Zensor.net« veröffentlichte im Juli dieses Jahres einen Post eines Bloggers mit dem Titel »Neun Gründe, warum ich Watniki nicht mag«. Auch ganze ukrainische Regionen wie Galizien oder der Donbass werden abwertend beschrieben.

Die Zivilgesellschaft hat hier weitgehend versagt und wenig Vorkehrungen gegen die beschleunigte Erzeugung neuer Bösewicht-Bilder getroffen. Die Annexion der Krim durch Russland und die bewaffnete Auseinandersetzung im Osten haben diese Bilder heraufbe-

schworen. Eine wichtige destruktive Rolle haben dabei mediale Einflüsse aus dem Ausland gespielt. Viele Sendungen des russischen Fernsehens produzierten weitere Feindbilder und erschwerten dadurch den Anstieg von Empathie in der ukrainischen Gesellschaft. Zurzeit ist in diesem Spannungsbereich eine zwiespältige Tendenz zu beobachten. Einerseits hat der (aktive oder verbale) Einsatz für die ukrainische Einheit Teile der Bevölkerung konsolidiert, obwohl diese Entschlossenheit in ihrer aktuellen Stärke auch durchaus provisorischen Charakter haben kann. Andererseits fördern die hohen Verluste der Zivilbevölkerung in den Ballungsräumen Donezk und Luhansk und in der ukrainischen Armee das Lagerdenken. Auch die Binnenflüchtlinge aus dem Krisengebiet klagen über die bescheidene Willkommenskultur an ihren neuen Wohnorten. Sie haben erhebliche Schwierigkeiten bei der Arbeitsaufnahme und auf Wohnungssuche und sind mit der ablehnenden Haltung der Einheimischen konfrontiert, die ihren Ursprung in den Klischees über den Donbass hat.

Alle Feindbilder sind zu bekämpfen. Das dehumanisierende Bild von »den Donezkern« birgt allerdings derzeit die größten Gefahren und Risiken, weil die Integration der Menschen im östlichen Teil des Landes am dringendsten nötig ist.

Versöhnungsversuche

Die Geschichte der jüngsten Bemühungen, die Menschen im ukrainischen Osten wieder einzubinden, beschränkt sich auf wenige Episoden und ist nicht von Erfolg gekrönt. Der ukrainische Oligarch und Gouverneur von Dnipropetrowsk Ihor Kolomojskij plante für den 11. Mai eine Tagung der Lokalverwaltungen der südlichen und östlichen Regionen des Landes. Laut der Zeitung »Den« sollte diese Tagung einen Beitrag zur Reintegration des Donbass leisten. Perspektivisch sollte sie als dauerhafte Plattform für bilaterale Kontakte an der Grenze der zwei größten Gebiete der Ukraine fungieren. Die Veranstaltung wurde ohne Bekanntgabe von Gründen abgesagt. Beim zweiten Runden Tisch der nationalen Versöhnung am 16. Mai in Charkiw wurde die Verständigung auf zwischenmenschlicher Ebene nur als Randthema behandelt. Weitere Aktivitäten in diesem Bereich sind dem Autor nicht bekannt. Man legt viel Wert auf den künftigen Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften. Dem Wiederaufbau von Vertrauen nach einem konflikt- und kriegsbedingten Vertrauensverlust wird kaum Aufmerksamkeit geschenkt.

Lösungsvorschläge

In der klassischen Konfliktforschung liegt der Fokus jeder Versöhnungsstrategie auf den Gemeinsamkeiten,

die die Parteien verbinden. Laut einer repräsentativen Umfrage des Kutscheriw-Zentrums für Demokratische Initiative vom 16. bis zum 30. März 2014 lehnen die Bewohner der Regionen Donezk und Luhansk die Abspaltung ihrer Regionen von der Ukraine mehrheitlich ab (s. Ukraine-Analysen Nr. 132). Selbst wenn sich diese Daten infolge der militärischen Auseinandersetzungen und der damit verbundenen Todesfälle zu Gunsten der Ukraine-Gegner verändert haben sollten, dürfte der Anteil der ukrainefreundlichen Bevölkerung immer noch spürbar sein. Er besteht aus potentiell loyalen Bürgern einer erneuerten Ukraine. Die nationale Elite ist verpflichtet, auf der Grundlage eines breiten Konsenses ein Sonderprogramm für einen »Aufbau Ost« auszuarbeiten. Neben der Gewährung wirtschaftlicher Vorteile wie höhere Renten und Gehälter im Öffentlichen Dienst, Zuschüsse für Kleinunternehmer und Mittelstand sowie der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit muss der Bevölkerung in Donezk und Luhansk ein Sicherheits- und Zugehörigkeitsgefühl vermittelt werden.

Eine wichtige Voraussetzung des Wir-Gefühls ist die Gleichbehandlung. Im Kontext der »Dehumanisierungsproblematik« bedeutet das den Verzicht auf Anschuldigungen und Beschimpfungen der Menschen in der Ostukraine, vor allem in der Presselandschaft. Bereits 1973 hat der deutsche Presserat einen Pressekodex vorgelegt, dem Journalistenverbände auf freiwilliger Basis zugestimmt haben. Diese informelle Sammlung ethischer Regeln garantiert unter anderem die Wahrung der Menschenwürde. Auch unangemessene Darstellungen in Wort und Bild, die Menschen in ihrer Ehre verletzen, werden als sittenwidrig verurteilt. Ein ähnliches Dokument könnte auch die ukrainische Pressegemeinschaft verabschieden, damit berechtigte Kritik nicht in Schuldzuweisungen und Diffamierungen ausufert. Genauso wichtig ist ein positives Bild vom ukrainischen »Ostler« in der Gesamtgesellschaft, propagiert durch die Medien und eine staatlich gesteuerte Kampagne, die Straßenplakatierung und Werbespots im Fernsehen einschließt.

Die Überwindung der aktuellen Krise erfordert ein Bündel von Maßnahmen, die kurzfristig (nach dem Prinzip der »Brandbekämpfung«) und langfristig wirken. Solange die politische, wirtschaftliche und kulturelle Elite des Landes nicht verinnerlicht, dass der Aufbau einer Brücke des Vertrauens zwischen Kiew und Donezk wichtiger ist als das Militärische oder Finanzielle, wird jede neue Friedensinitiative argwöhnisch wahrgenommen werden. Ohne den Partner zu respektieren, gewinnt man keine Kämpfe um die Herzen und Seelen.

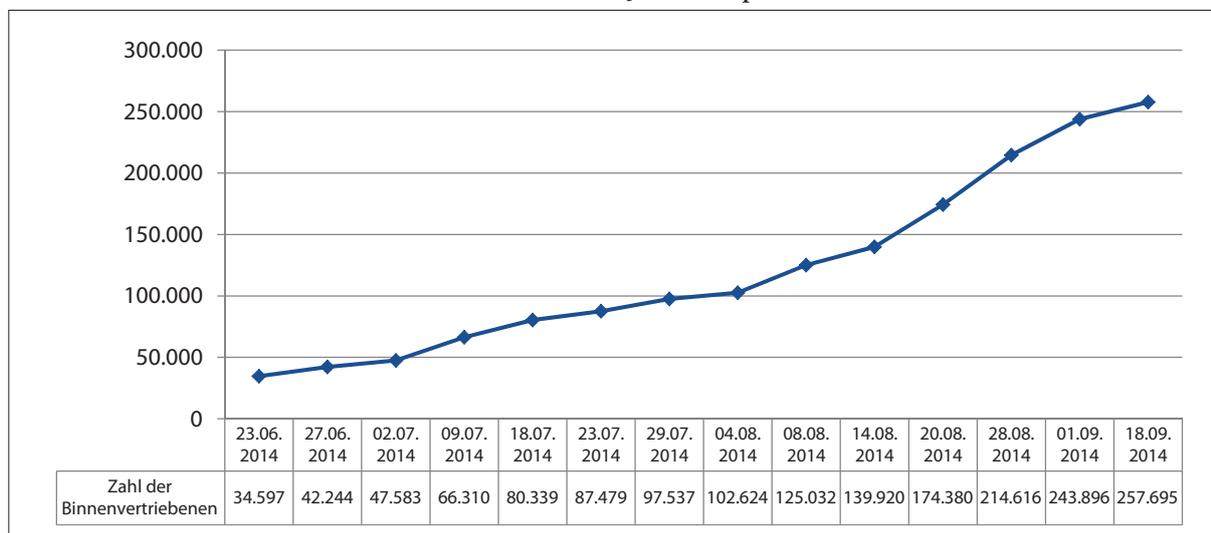
Über den Autor:

Dmitri Stratievski ist Politikwissenschaftler und Historiker sowie stellvertretender Vorsitzender des Osteuropazentrums Berlin e. V.

STATISTIK

Humanitäre Lage in der Ukraine

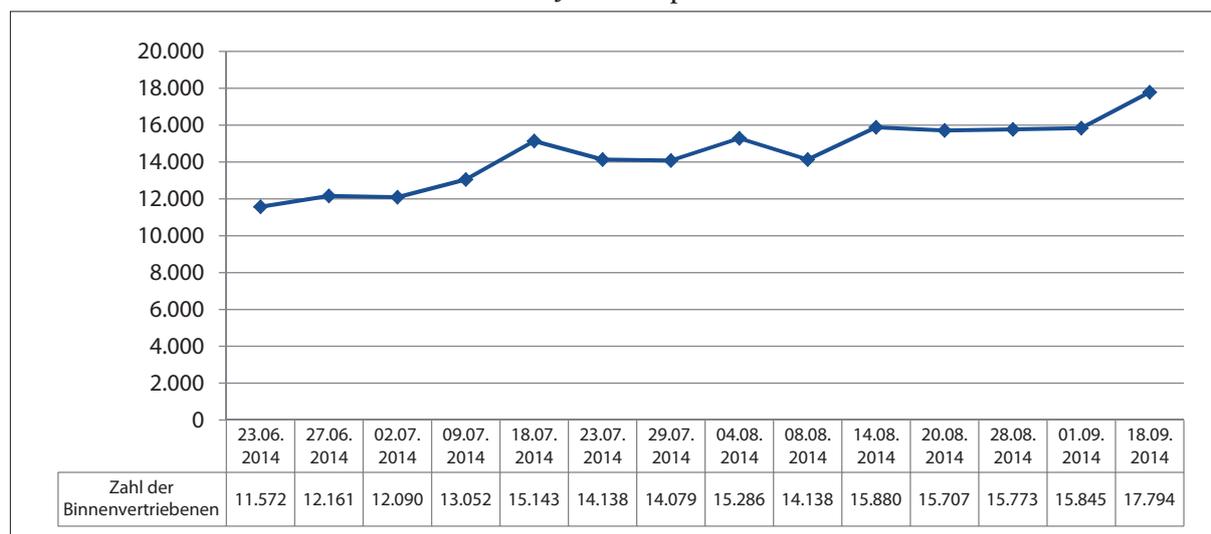
Grafik 1: Binnenvertriebene aus der Ost-Ukraine von Juni bis September 2014



Anmerkung: Aufgrund des Fehlens eines zentralen Systems für die Registrierung ist die tatsächliche Zahl der Binnenvertriebenen unbekannt und wahrscheinlich höher. Die Daten für Luhansk sind nicht enthalten.

Quelle: zusammengefasst nach Angaben des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), »Ukraine: Overview of population displacement«, <<http://reliefweb.int/country/ukr>>

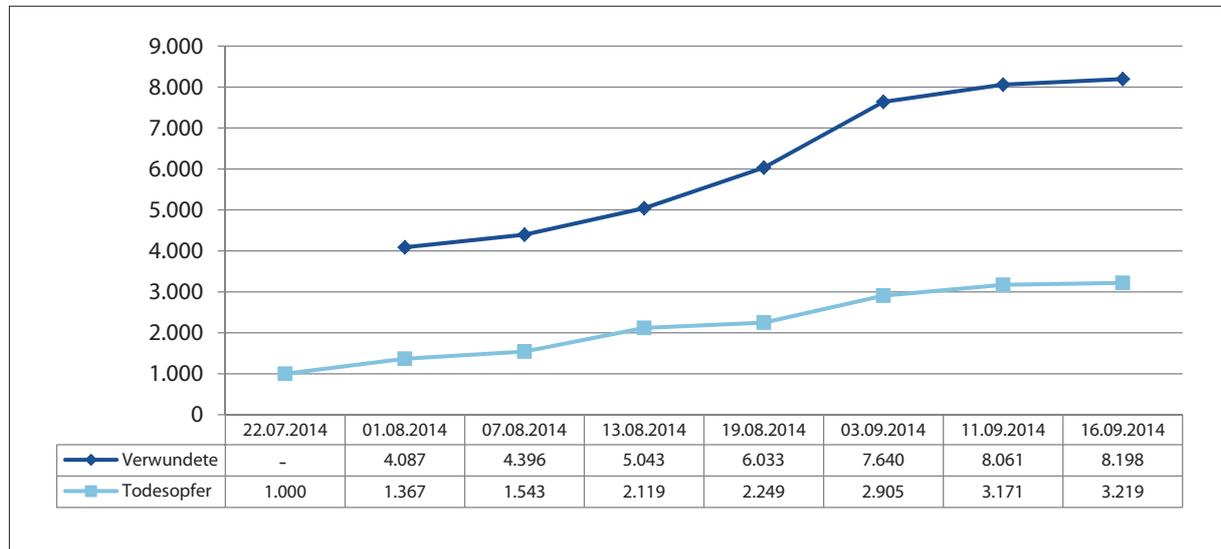
Grafik 2: Binnenvertriebene von der Krim von Juni bis September 2014



Anmerkung: Aufgrund des Fehlens eines zentralen Systems für die Registrierung ist die tatsächliche Zahl der Binnenvertriebenen unbekannt und wahrscheinlich höher. Die Daten für Binnenvertriebene auf der Krim sind nicht enthalten.

Quelle: zusammengefasst nach Angaben des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), »Ukraine: Overview of population displacement«, <<http://reliefweb.int/country/ukr>>

Grafik 3: Anzahl der Todesopfer und Verwundeten im Militärkonflikt in der Ost-Ukraine seit Mitte April 2014



Anmerkung: Dies sind sehr konservative Schätzungen der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in der Ukraine und der Weltgesundheitsorganisation. Die Gesamtzahl ist wahrscheinlich viel höher. Die Zahlen umfassen ukrainischen Streitkräfte, Zivilisten und einige Mitglieder der bewaffneten Gruppen.

Quelle: zusammengefasst nach Angaben des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), Ukraine Situation reports No. 1–12, <<http://reliefweb.int/country/ukr>>

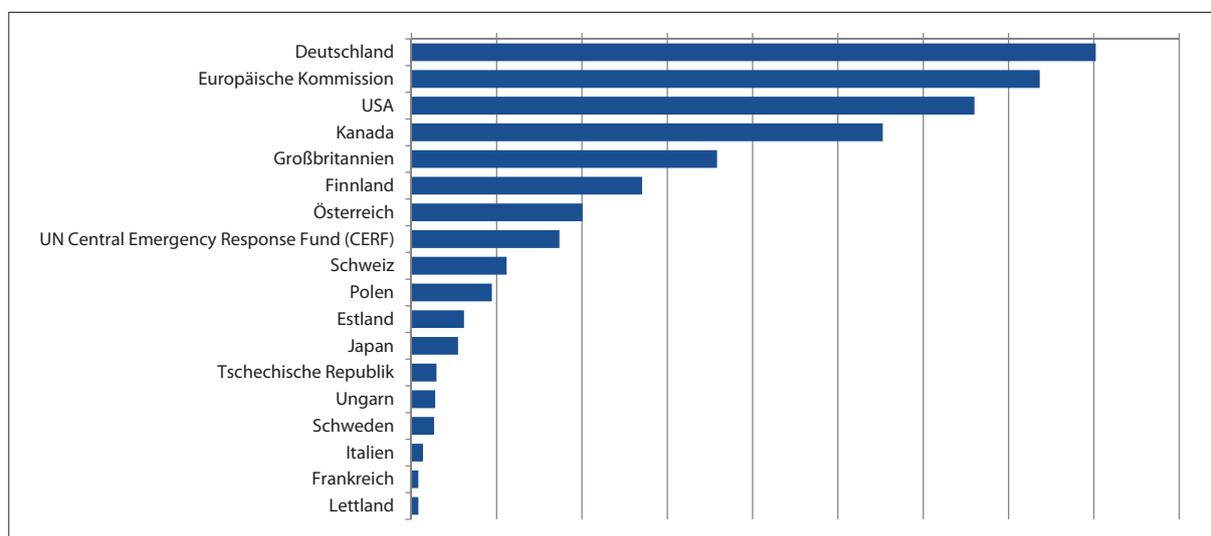
Tabelle 1: Flüchtlinge aus der Ukraine infolge der Ukraine-Krise 2014 nach Ländern (Stand 18.09.2014)

	Legalen Status anstrebende Personen	Asylanträge
Russland	300.000	176.435
Polen	16.450	1.321
Belarus	12.133	380
Ungarn	5.615	29
Moldau	5.247	56
Rumänien	1.514	22
Gesamt	340.959	178.243

Anmerkung: Für einige Länder sind hier keine Daten enthalten. Nach Angaben des UNHCR gab es insgesamt 4.106 Asylanträge in den 28 EU-Staaten (Stand 31.07.2014)

Quelle: UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), »Ukraine Situational Report No. 12 as of 19 September 2014«, <http://reliefweb.int/>

Tabelle 2: Humanitäre Hilfe für die Ukraine nach Geberländer und -organisationen im Jahr 2014 (Stand vom 30.09.2014)



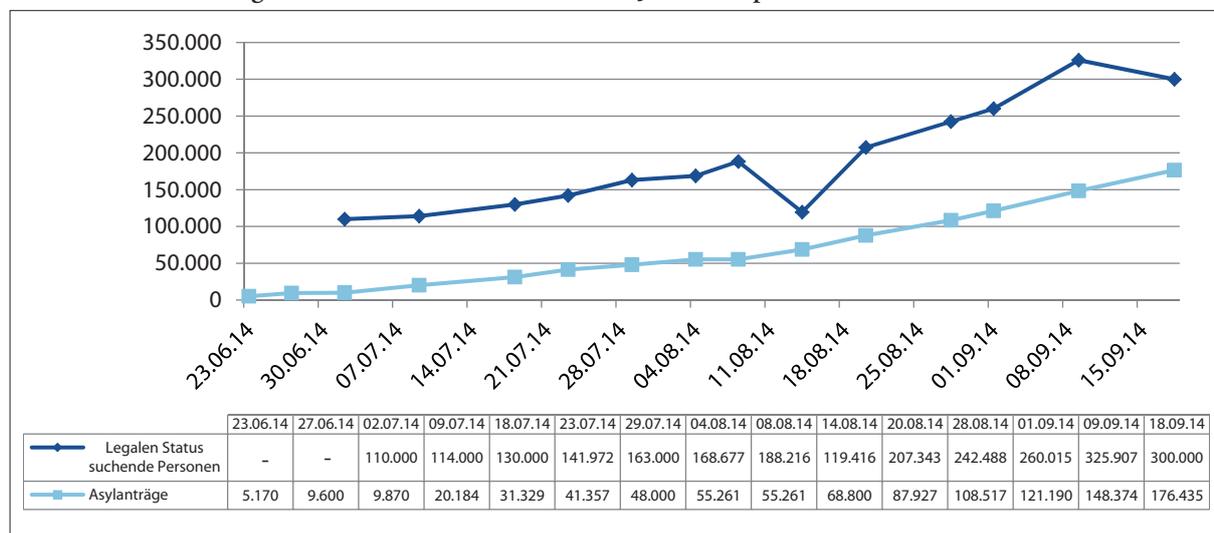
Spendengeber	Humanitäre Hilfe, US-Dollar*
Deutschland	4.010.694
Europäische Kommission	3.682.382
USA	3.300.000
Kanada	2.762.431
Großbritannien	1.791.602
Finnland	1.352.444
Österreich	1.003.678
UN Central Emergency Response Fund (CERF)	867.849
Schweiz	558.659
Polen	471.414
Estland	308.314
Japan	273.630
Tschechische Republik	147.710
Ungarn	140.336
Schweden	133.198
Italien	68.399
Frankreich	40.817
Lettland	40.706
Gesamt	20.954.263

Anmerkung: Die Daten beinhalten nicht die humanitären Konvois aus Russland, die ohne Zustimmung der Regierung in Kiew und ohne Begleitung durch das Internationale Komitee des Roten Kreuzes eingereist sind.

* sowohl tatsächliche Beiträge als auch vereinbarte Verpflichtungen

Quelle: UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), <<http://fts.unocha.org/pageloader.aspx?page=emergencyCountryDetails&cc=ukr>>

Grafik 4: Flüchtlinge aus der Ukraine in Russland von Juni bis September 2014



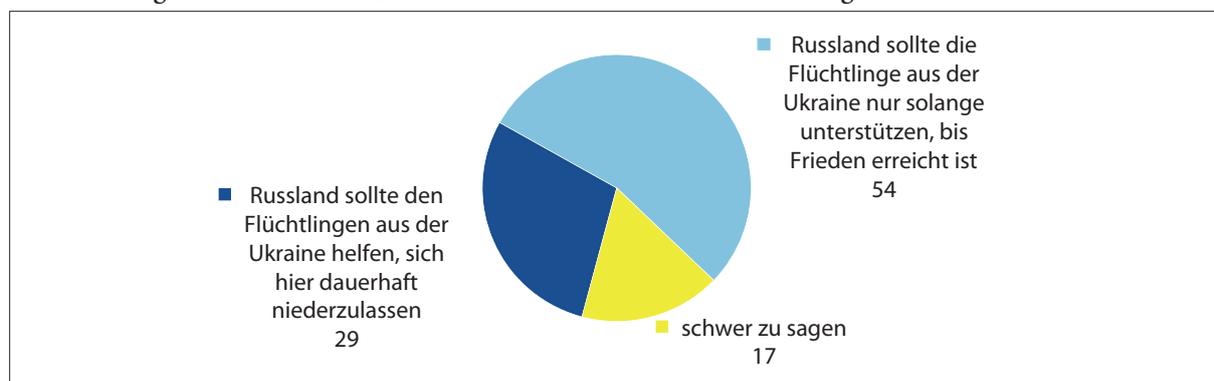
Anmerkung: Nach Angaben der russischen Behörden (Stand 01.09.2014) sind seit Jahresbeginn rund 814.000 Ukrainer nach Russland eingereist, darunter: i) 121.190 Ukrainer, die Asyl in Russland beantragt haben, ii) 138.825 Ukrainer, die eine temporäre oder permanente Aufenthaltsgenehmigung, die russische Staatsbürgerschaft oder die Repatriierung nach dem Rückkehrprogramm für Landsleute beantragt haben, und iii) 553.985 Ukrainer, die die Grenze mit Russland wahrscheinlich aufgrund der Visafreiheit überquert haben (Quelle: UNHCR external update on the situation of displaced persons, 22 August - 04 September 2014 <http://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/Ukraine%20External%20update_05%2009%2014.pdf>).

Quelle: zusammengefasst nach Angaben des UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA), »Ukraine: Overview of population displacement«, <<http://reliefweb.int/country/ukr>>

UMFRAGE

Russische Meinungen über Flüchtlinge aus der Ukraine

Grafik 1: Einige glauben, dass Russland den Flüchtlingen aus der Ukraine helfen sollte, sich dauerhaft in Russland niederzulassen. Andere glauben, dass Flüchtlingshilfe nur vorübergehend zur Verfügung gestellt werden sollte, bis Frieden erreicht ist. Welcher der Aussagen stimmen Sie am ehesten zu?



Quelle: repräsentative Telefonumfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 13. bis 14. September 2014, <<http://fom.ru/Mir/11731>>

Zum UN-Bericht über die Lage der Menschenrechte in der Ukraine

Ivan Šimonović, beigeordneter Generalsekretär mit Zuständigkeit für Menschenrechte, über den UN-Bericht zur Menschenrechtsslage in der Ukraine (23.09.2014)

A United Nations report on the human rights situation in Ukraine says that national and international help is urgently needed to cope with what could become a humanitarian emergency in the country.

Presenting the report to the Human Rights Council in Geneva, Ivan Šimonović, United Nations Assistant Secretary-General for Human Rights, said that a disastrous winter awaits thousands of people who have been forced to flee their homes in Ukraine unless help arrives soon.

The report covered the period from 21 November 2013 to 5 September 2014 and combines information on key human rights developments and concerns from five reports issued by the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights (OHCHR) between 15 April and 29 August 2014, using information from the United Nations Human Rights Monitoring Mission in Ukraine.

The report said that armed conflict in eastern Ukraine has led to a dramatic increase in the number of internally displaced people (IDPs), with about half the population of Luhansk and one third of the population of Donetsk having fled.

In one month, between early August and early September, the number of registered displaced people doubled. As of 18 September, 275,498 people were registered as IDPs. However, the actual number of unregistered internally displaced people may be two to three times higher. According to the Office of the United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR), around 378,000 people have crossed the border into the Russian Federation in recent months.

Šimonović said that, as of 21 September, the registered death toll from the crisis in Ukraine was 3,543, which includes the 298 victims of the Malaysian plane crash. He said this number covers killings registered only by available sources and that the actual number is likely to be significantly higher.

The report showed a sharp rise in killings, in particular between mid-July and the end of August. Between mid-April and mid-July, human rights monitors registered that at least 11 people, on average, were being killed every day.

Between mid-July and mid-August that figure had more than tripled to an average of 36 people being killed each day. By the 5 September ceasefire an average of 42 people were killed every day. After the signing of the ceasefire agreement, there has been a marked decrease in killings, with the daily average now below 10 killings a day.

The report also said that the Ukrainian Government must ensure that all allegations of human rights abuses and violations are fully investigated and that all international human rights norms and standards, including the presumption of innocence, due process and judicial guarantees, are strictly adhered to with regard to violations committed by both armed groups and the Ukrainian military or their volunteer battalions. It says that perpetrators of serious violations of international law during the conflict must be brought to justice in order to guarantee individual accountability for actions, including in cases of command responsibility.

Šimonović said that many victims of human rights abuses by both government and armed groups are afraid to come forward for fear of reprisals.

He also said that everyone in Ukraine has the right to due process and equality before the law and added that, in that context, the new counter-terrorism laws are a matter of concern.

The laws substantially expand the authority of the prosecutor and lengthen the time of preventive detention from 60 hours to 30 days, which Šimonović noted it is inconsistent with international human rights standards.

Quelle: »A United Nations report on the human rights situation in Ukraine says that national and international help is urgently needed to cope with what could become a humanitarian emergency in the country«, UNIFEED-UNTV, Posted at: September 23, 2014 4:40 pm, <<http://www.unmultimedia.org/tv/unifeed/2014/09/geneva-ukraine-hrc-2/>>

Lesetipp:

Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights on the situation of human rights in Ukraine, 19 September 2014, <http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/HRC/27/75>

Amnesty International: Keine Amnestie für Folter durch beiden Seiten des Konflikts

Ukraine: No amnesty for torture committed by either side in the conflict (press release, 22.09.2014)

An amnesty bill passed by the Ukrainian parliament on 16 September 2014 and expected to be signed into law by President Petro Poroshenko soon, should not become a vehicle for denying the right of victims to justice. The law has been passed as part of the Ukrainian government's efforts to bring to an end the conflict in the east of the country. It proposes waiving criminal responsibility for crimes committed by 'armed formations' from 22 February 2014 onwards, and lists a number of serious crimes to which the amnesty will not be extended. However, the parliament-approved bill does not include torture and other ill-treatment in this list of exceptions.

Amnesty International has documented numerous incidents of torture and other ill-treatment being used against captives by members of separatist armed groups, as well as of pro-Ukrainian forces in east Ukraine. The organization has repeatedly called for such abuses to be promptly, impartially and thoroughly investigated to ensure that those responsible are brought to justice in accordance with Ukraine's obligations under international law.

The Ukrainian government must ensure that perpetrators of all gross abuses of human rights and all acts carried out in the context of the fighting that amounted to crimes under international law, including war crimes and other grave abuses of human rights or international humanitarian law, are held accountable, and that full reparation is awarded to victims and their families.

International law prohibits amnesties or similar measures for acts carried out in the context of a conflict that amounts to crimes under international law, including grave abuses of human rights or international humanitarian law, and which prevent the emergence of the truth, a final judicial determination of guilt or innocence, and full reparation for the victims. Anyone who is reasonably suspected of being responsible for such crimes, including those in positions of command who knew or should have known that those under their command were committing or had committed such crimes and did not take all measures in their power to prevent, suppress or report such crimes, must be investigated and, if there is sufficient admissible evidence, be prosecuted and brought to trial in proceedings which comply with international law and standards on fair trial.

Amnesty International strongly urges President Poroshenko to ensure that before he signs the bill, it is amended to include torture and other grave human rights violations and violations of international humanitarian law in its list of crimes which will not be covered by the amnesty. Until this is done, the bill will only serve to facilitate the perpetuation of abuses by both sides to the conflict, endorse impunity for the perpetrators and deny justice to the victims.

Quelle: Amnesty International Public Statement, <<http://www.amnesty.org/en/library/asset/EUR50/041/2014/en/25239afa-992f-4a47-a256-0f72656e9db0/eur500412014en.pdf>>

Erklärung der ukrainischen und russischen Medienorganisationen zur Medienfreiheit

Statement by Ukrainian and Russian media organizations adopted following a meeting at the Office of the OSCE Representative on Freedom of the Media (26.09.2014)

Representatives of media organizations of Ukraine (the National Union of Journalists of Ukraine and the Independent Media Trade Union of Ukraine) and the Russian Federation (the Russian Union of Journalists) condemned the incidents of killing, beating and detention of journalists in the zone of armed conflict in eastern Ukraine during a meeting at the Office of the OSCE Representative on Freedom of the Media in Vienna on 26 September 2014.

Since May 2014, journalists Andrea Rocchelli, Andrey Mironov, Anton Voloshin, Igor Kornelyuk, Anatoliy Klyan and Andrey Stenin have been killed.

Dozens of journalists have been detained, among them Yury Lelyavsky, Roman Cheremsky, Valeriy Makeyev, Yegor Vorobyov, Alexander Bilokobylsky and Sergei Sakadynsky who are still being held captive.

Dozens of media workers face difficulties while performing their professional duties.

Representatives of media organizations of Ukraine and Russia consider unacceptable the obstruction of journalists carrying out their professional duties and call for an immediate investigation of the facts concerning the deaths of all journalists and for an immediate release of all detained media workers.

Participants in the meeting agreed to continue the joint meetings and cooperation and to undertake the necessary efforts regarding matters such as the safety of journalists, the development of professional media and de-escalation of the conflict in Ukraine.

Vienna, 26 September 2014

Quelle: Organization for Security and Co-operation in Europe, <<http://www.osce.org/fom/124537?download=true>>

Religion im Ukraine-Konflikt¹

Von Oleg Friesen, Berlin

Zusammenfassung

Die Glaubensspaltung zwischen den orthodoxen Patriarchaten hat der Maidan nicht überwunden. Im Gegenteil, der Kirchenstreit ist neu aufgeflammt. Während Priester des Kiewer Patriarchats den Demonstranten auf dem Maidan Rückhalt gaben, blieben die Priester des Moskauer Patriarchats ihm fern.

Einleitung

»Verbietet die anti-ukrainische Tätigkeit des Moskauer Patriarchats«, skandiert man auf dem Maidan – obwohl es sich beim Moskauer Patriarchat um die mitgliederstärkste orthodoxe Kirche der Ukraine handelt. Auf der Suche nach den Ursachen des heutigen Konflikts in der Ukraine stößt man vor allem auf das Problem der gesellschaftlichen Spaltung des Landes in Ost und West: In Ukrainisch- oder Russischsprecher, Verehrer oder Gegner von Stepan Bandera, in Menschen, die die Zukunft ihres Landes im Bündnis mit Russland oder mit der Europäischen Union sehen. Der Maidan hat diese Gräben scheinbar überwunden. Es wird angenommen, dass ein Drittel aller Menschen auf dem Maidan russischsprachig war. Ukrainer aus allen Landesteilen demonstrierten unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft für eine demokratische europäische Ukraine und gegen das korrupte Regime des damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsh. Auch der gegenwärtige Konflikt im Osten des Landes zeigt, dass die Ost-West-Schablone nicht mehr passt. Auch in den umkämpften Städten Donezk und Luhansk haben die Separatisten nicht den Rückhalt in der Bevölkerung, den sie benötigen. Auch mehrheitlich russischsprachige Regionen, wie Odessa und Cherson, demonstrieren offen ihre Verbundenheit zum ukrainischen Staat. In Kiew stand auf dem Maidan noch bis zum Sommer die Bühne, von der aus die Oppositionsführer den Aufstand gegen Janukowytsh moderiert und sich an die Menge gewandt haben. Dort fanden bis zur Beseitigung dieser Bühne im August 2014 täglich Veranstaltungen statt, sonntags das »Narodne Wetsche«, benannt nach einer altslawischen Volksversammlung. Die Bühne war mit Ikonen und Marienbildnissen geschmückt, und oft hielten orthodoxe Priester öffentliche Gottesdienste ab.

Die Priester sind es auch, die nach den Ereignissen auf dem Maidan in Erinnerung bleiben, wie sie sich zwischen Demonstranten und Berkut-Einheiten stellten und gemeinsam mit den Demonstranten beteten. Viele Gebete forderten die Gründung einer ukrainischen Landeskirche, denn, so die Gläubigen, ein unabhängiges

Volk brauche auch eine unabhängige nationale Kirche. Religion spielt im Leben der Ukrainer oft eine große Rolle. Das »Narodne Wetsche« vom 27. Juli hatte die Gründung der Landeskirche zum zentralen Thema erhoben – genauso wie das Verbot der »anti-ukrainischen Tätigkeit« des Moskauer Patriarchats in der Ukraine.

Glauben oder Politik?

Um den Titel der Landeskirche streiten sich drei orthodoxe Kirchen in der Ukraine. Die beiden bedeutendsten sind die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats und die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Kiewer Patriarchats, deren Kleriker sich unversöhnlich gegenüberstehen. Die drittgrößte ukrainische orthodoxe Kirche ist die Autokephale Ukrainisch-Orthodoxe Kirche. Diese hat sich 1918 vom Moskauer Patriarchat abgespalten, während der ersten kurzen Unabhängigkeit der Ukraine. Von der Roten Armee im Bürgerkrieg vertrieben, gilt sie seither als Exilkirche und hat heute ihre meisten Mitglieder innerhalb der ukrainischen Diaspora Nordamerikas.

Oft kommt es auch zu offener Gewalt, etwa wenn Gläubige Kirchen besetzen. In diesem Streit spielt auch die Politik eine Rolle, denn der ukrainische Staat mischt sich ein. Ein Beispiel dafür ist das auf eine Beschwerde des ukrainischen Kultusministeriums zurückgehende Einreiseverbot für den Moskauer Patriarchen Kyrill im Juni 2014. Dabei ist der Moskauer Patriarch das Oberhaupt der größten orthodoxen Kirche der Ukraine – der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats.

Die Priester auf dem Maidan zeigen, dass Religion für die Ukrainer eine große Rolle spielt und Teil ihres nationalen Selbstverständnisses ist. Um den Konflikt zu verstehen, hat der Autor im Juli 2014 mit Vertretern beider großen orthodoxen Kirchen in der Ukraine gesprochen und die Frage gestellt, ob die Fronten wirklich so eindeutig sind wie zum Beispiel auf der Volksversammlung am 27. Juli dargestellt.

»Das Moskauer Patriarchat ist ein Instrument der russischen Regierung ...«

Die Michaelskathedrale thront mit ihren goldenen Kuppeln und Türmen über der Stadt Kiew und ist seit ihrem

¹ Eine frühere Version dieses Artikels wurde auf der Webseite der Friedrich Naumann Stiftung unter <<http://www.freiheit.org/Hintergrundpapiere/414c30288i1p271/index.html>> publiziert.

Neuaufbau vor fünfzehn Jahren (die Kommunisten rissen die mittelalterliche Kathedrale in den dreißiger Jahren ab) wieder ein Wahrzeichen Kiews. Ende der neunziger Jahre baute der ukrainische Staat die Kirche wieder auf und übergab sie der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Kiewer Patriarchats, die sie wieder orthodox weihte. Das Kiewer Patriarchat spaltete sich 1992 vom Moskauer Patriarchat ab, innerhalb dessen es bis dahin eine Metropole gebildet hatte. Ziel war es damals, eine eigenständige und allen anderen orthodoxen Kirchen ebenbürtige ukrainisch-orthodoxe Kirche zu gründen. Doch die Verhandlungen des damaligen Metropoliten von Kiew Filaret mit dem Moskauer Patriarchen Alexij II. scheiterten – und damit auch das Ziel, die Abspaltung mit kanonischer Legitimität durchzuführen. Bis heute geben sich beide Seiten die Schuld am Abbruch der Verhandlungen.

Metropolit Filaret ließ sich von gleichgesinnten ukrainischen Bischöfen zum Patriarchen von Kiew wählen und gründete damit die dritte ukrainisch-orthodoxe Kirche.

Durch den Hof der Michaelskathedrale geht eine Gruppe von Seminaristen, welche sich sichtlich daran stören, auf Russisch angesprochen zu werden. Sie wechseln erst die Sprache, als der Autor versichert, nicht aus Russland zu kommen. Sehr emotional berichten sie über die Ungerechtigkeit, die sie gegenüber dem Moskauer Patriarchat empfinden, von dem sie sich abgespalten haben. Man lebe schließlich nach den gleichen Regeln, verehere die gleichen Heiligen und die Theologie sei identisch. Allein die Liturgiesprache ist im Kiewer Patriarchat Ukrainisch statt Altkirchenslawisch. Die Ukraine habe das Recht auf eine eigene Kirche, besonders da das Moskauer Patriarchat, so die Seminaristen, eng mit der russischen Regierung zusammenarbeite und Träger des russischen, nicht des ukrainischen Nationalgefühls sei. Das zeigten auch Geschichtsbücher, die in den Kirchenläden des Moskauer Patriarchats die russische Geschichte verherrlichten.

Das Problem des Kiewer Patriarchats ist, dass es von keiner anderen kanonischen orthodoxen Kirche anerkannt wird. Kanonisches Recht spielt in der Orthodoxie eine große Rolle. Laut ihrem Selbstverständnis verstehen sich die orthodoxen Kirchen, wie auch die römisch-katholische Kirche, in einer apostolischen Kontinuität, welche sich im Katholizismus auf den Apostel Petrus und in der Orthodoxie auf den Apostel Andreas beruft. Eine Kirche, welche diese Kontinuität unterbricht, ist nicht legitim und wird nicht vom Heiligen Geist geleitet. Die Seminaristen sind optimistisch, dass die anderen orthodoxen Kirchen ihre Kirche noch anerkennen werden. Das ukrainische Volk sei auf ihrer Seite. Verhandlungen mit anderen orthodoxen Patriarchen hat es bereits gegeben. 2008 war der Ökumenische Patriarch von Konstantinopel Bartolomaios zu Besuch in Kiew. Damals nutzte Ex-Präsident Juschtschenko die

Feierlichkeiten zum 1020. Jahrestag der Taufe der Kiewer Rus, um für eine Anerkennung des Kiewer Patriarchats zu werben. Jedoch ohne Erfolg.

Ein Dialog besteht hingegen mit der Römisch-Katholischen Kirche in der Ukraine sowie mit der Griechisch-Katholischen Kirche. Zusammen standen sie auf dem Maidan, auf dem »Narodne Wetsche« treten sie bis heute gemeinsam auf. Vertreter der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats bleiben dem Maidan jedoch weiter fern.

»Das Kiewer Patriarchat ist eine politische Organisation, keine Kirche.«

Nach der Kirchenspaltung von 1992 musste der ukrainische Staat entscheiden, welches Patriarchat welches Kirchengebäude in Kiew erhält. Jetzt gehört die wiederaufgebaute Michaelskathedrale zum Kiewer Patriarchat, die den Tourismusmagnet Andreasstiege verzierende Andreaskirche gehört zur Autokephalen Ukrainisch-Orthodoxen Kirche. Die Sophienkathedrale, eine der ältesten Kirchen der Kiewer Rus aus dem 11. Jahrhundert, machte die Regierung als Kompromiss zum Museum. Das bedeutende Kiewer Höhlenkloster – die Lawra – wurde dem Moskauer Patriarchat zugesprochen, dessen Kiewer Metropole einen Autonomiestatus vom Moskauer Zentrum genießt.

Es war Zar Nikolaj I., der Kiew »Jerusalem des Ostens« genannt haben soll. Schließlich ist Kiew der Ort, an dem im Jahr 988 der heiliggesprochene Fürst Wladimir die zuvor heidnische Rus taufte. Kiew verdankt diesen Ruf seinen vielen Kirchen, aber auch dem Höhlenkloster, welches ebenfalls seit dem 11. Jahrhundert besteht und viele orthodoxe Heilige hervorgebracht hat. Die Uspenskij-Kathedrale ist die Hauptkirche der Lawra und beherbergt von den Gläubigen als wunderbringend verehrte Ikonen. Zu Sowjetzeiten befand sich in ihr das »Museum des Atheismus«. Während des Zweiten Weltkrieges sprengte die deutsche Besatzungsmacht die Kirche. Zum 2010. Jubiläum baute die unabhängige Ukraine sie wieder auf.

Es erstaunt, dass Vater Jossif, Erzpriester im Höhlenkloster des Moskauer Patriarchats, ebenfalls nur ungern Russisch sprechen will. Er versichert, das habe keinen politischen Hintergrund, sondern sei Gewohnheitssache. Vater Jossif kommt aus der Westukraine, genauso wie der Großteil der Bischöfe der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats. Am 5. Juli 2014 ist der Metropolit von Kiew, Wolodymyr (Sabodan), gestorben. Er kam aus der Region Chmelnyzkyj und war bekannt als Freund ukrainischer Trachten und als Verehrer des ukrainischen Nationaldichters Taras Schewtschenko. Sein Nachfolger als Mitropolit von Kiew ist Bischof Onufrij, geboren in der Nähe von Tscherniwzi in der südwestukrainischen Bukowina.

Vater Jossif bestreitet Vorwürfe, anti-ukrainisch zu sein. Jeder ihm bekannte Priester sei für eine einheitliche Ukraine. Die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats strebt, so Vater Jossif, ebenfalls ein ukrainisches – von Moskau unabhängiges – Patriarchat an. Dieses Ziel muss jedoch nach kanonischem Recht erreicht werden. Die Würdenträger des Kiewer Patriarchats haben die apostolische Kontinuität unterbrochen, indem sie sich selbst zu Bischöfen und Patriarchen erhoben haben. Sie sollten nach Vater Jossifs Meinung als Büßer in die kanonische Kirche zurückkehren, um die Spaltung zu überwinden. Die Abwesenheit der Priester seiner Kirche vom Maidan erklärt der Erzpriester damit, dass Politik nicht die Aufgabe der Kirche sei. Dem Patriarchen von Kiew Filaret wirft er vor, sich als Ideologe des ukrainischen Nationalbewusstseins zu verstehen und Politik statt Theologie zu betreiben. Zudem sei Filaret 1988 selbst Anwärter auf das Moskauer Patriarchenamt gewesen, konnte sich aber gegen den späteren Patriarchen Alexij II. nicht durchsetzen. Dass Filaret sich aus Protest gegen diese Niederlage vom Moskauer Patriarchat losgesagt hat, ist eine unter Gläubigen des Moskauer Patriarchats weit verbreitete Meinung.

Auf Worte folgen oft Gewalttaten – doch die Fronten sind nicht eindeutig

Einen Tag nach dem Gespräch mit Vater Jossif wurde die Lawra von maskierten Männern gestürmt, welche sich selbst als ukrainische Nationalisten bezeichneten und das Kloster mit Gewalt für das Kiewer Patriarchat beanspruchen wollten. Welche Ziele die heute noch auf dem Maidan zeltenden Menschen verfolgen, ist nicht mehr klar. Oft erkennt man nicht, ob es sich um eine ernsthafte politische Aktion oder um eine Provokation handelt. In diesem Fall konnte die ukrainische Polizei den Streit im Kloster gewaltlos beenden. Kirchenbesetzungen sind keine Seltenheiten. Es gab sie schon seit der Kirchenspaltung, die Zahl solcher Delikte ist seit dem Maidan gestiegen. Nach der Besetzung schrieb das Bischofskollegium der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats einen offenen Brief an den ukrainischen Präsidenten Poroschenko mit der Bitte, die Kirche gegen Gewalttaten zu schützen. Die Bischöfe wehrten sich zudem gegen Vorwürfe, ihre Kirche sei illoyal gegenüber der Ukraine. Sie bekräftigten in dem auf der Internetseite ihrer Metropole veröffentlichten Schreiben, dass sie für eine einheitliche Ukraine, für ihren Präsidenten, aber auch für das Ende des Krieges in der Ostukraine beteten.

Es stellt sich die Frage, wieso diese Spaltung besteht, wenn doch beide Patriarchate eine unabhängige ukrainische Landeskirche anstreben und ihre Loyalität zu einer unabhängigen Ukraine erklären. Die Loyalität der

ukrainischen Priester des Moskauer Patriarchats wird jedoch durch Bilder in Frage gestellt, auf denen Priester des Moskauer Patriarchats in der Ostukraine offen auf der Seite der Separatisten auftreten und dazu aufrufen, für ihre Sache zu beten. Das wirft die Frage auf, wie weit die Autonomie der Kiewer Metropole innerhalb des Moskauer Patriarchats wirklich reicht – und wie straff sie als Kirche organisiert ist, wenn die Priester im Osten Separatisten segnen und damit den Loyalitätsbekundungen ihrer Bischöfe zur Ukraine widersprechen.

Für das russische nationale Selbstverständnis spielt die orthodoxe Religion ebenfalls eine große Rolle. Der russische Präsident Putin weiß damit umzugehen, wenn er sich medienwirksam mit kirchlichen Würdenträgern fotografieren lässt. Doch auf der Trauerfeier für den am 5. Juli verstorbenen Kiewer Metropoliten Wolodymyr war es der ukrainische Präsident Petro Poroschenko, der Blumen an den Sarg legte. Das Verhältnis des Metropoliten zum früheren ukrainischen Präsidenten Janukowytch, der dem Moskauer Patriarchat angehörte, galt als angespannt. Er wehrte sich dagegen, von Janukowytch vereinnahmt zu werden.

Die Priester, die im Osten der Ukraine die Separatistenführer segnen, zeigen ein widersprüchliches Bild der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats. Demgegenüber stehen der Brief des Bischofskollegiums, in dem es heißt, man unterstütze die neue Regierung der Ukraine, oder Bekundungen wie jene des Kiewer Priesters Vater Jossif. Vom neuen Metropoliten von Kiew Onufrij wird erwartet, dass er radikale Schritte in die eine oder andere Richtung unterlässt und somit den gemäßigten Kurs seines Vorgängers weiterführt. Dies soll die Einheit seiner Kirche wahren.

Fazit

Der Maidan hat viele Ukrainer zusammengebracht, unabhängig von ihrem Glauben und ihrer Muttersprache. So ist bedauerlich, dass vom aktuellen Maidan in den Zeiten tiefster Krise in Form von Krieg Worte erklingen, die spalten statt vereinen. Redner, die sich für eine unabhängige, einheitliche ukrainische Kirche aussprechen, tun sich keinen Gefallen, wenn sie dies mit einem Verbot der mitgliederstärksten orthodoxen Kirche der Ukraine herbeiführen wollen oder durch Vorwürfe an diese, anti-ukrainisch zu handeln. Präsident Poroschenkos Anwesenheit auf der Trauerfeier für den verstorbenen Metropoliten Wolodymyr war dagegen ein Zeichen der Einigkeit. Bis es jedoch zu einer Einigung beider Kirchen kommt, herrschen in Kiew, dem »Jerusalem des Ostens«, Jerusalemer Zustände, wenn man sich die Glaubensspaltung vergegenwärtigt.

Information über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor:

Oleg Friesen studiert Geschichts- und Politikwissenschaften im sechsten Semester an der Freien Universität Berlin. Er war im Juni/Juli 2014 Praktikant der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

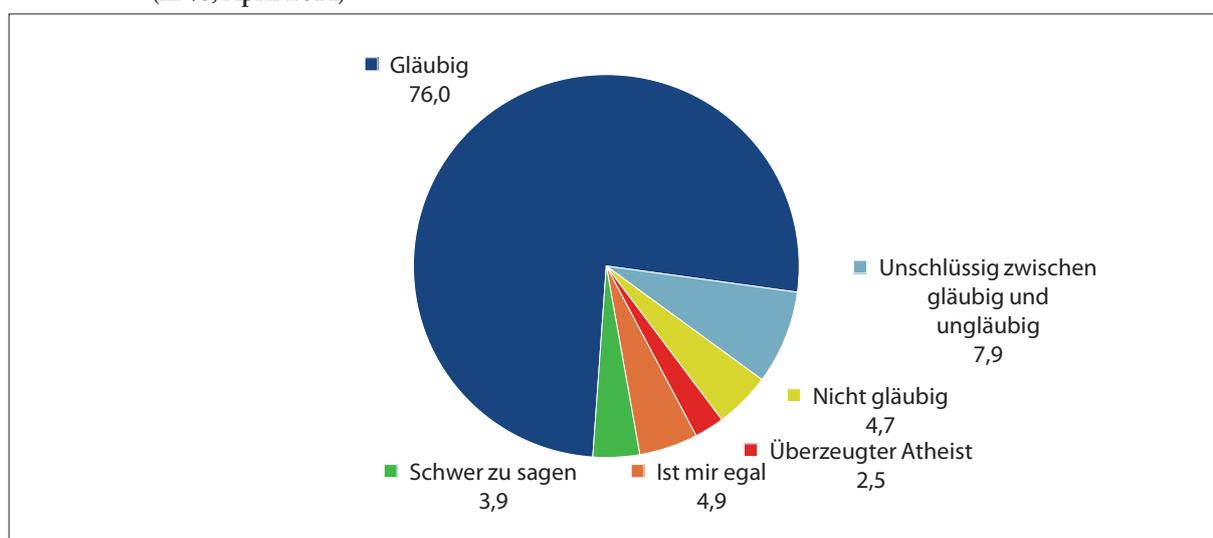
Lesetipps:

- Katarzyna Jarzyńska: »Patriarch Kirill's game over Ukraine«, OSW Commentary Nr. 144, 14.08.2014, <http://www.osw.waw.pl/sites/default/files/commentary_144_0.pdf>
- Razumkov Centre: »Ukraine-2014: Socio-political conflict and the church«, Kyiv, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1403784774_file.pdf>

UMFRAGE

Glaube, Konfession und Rolle der Kirche aus Sicht der Ukrainer

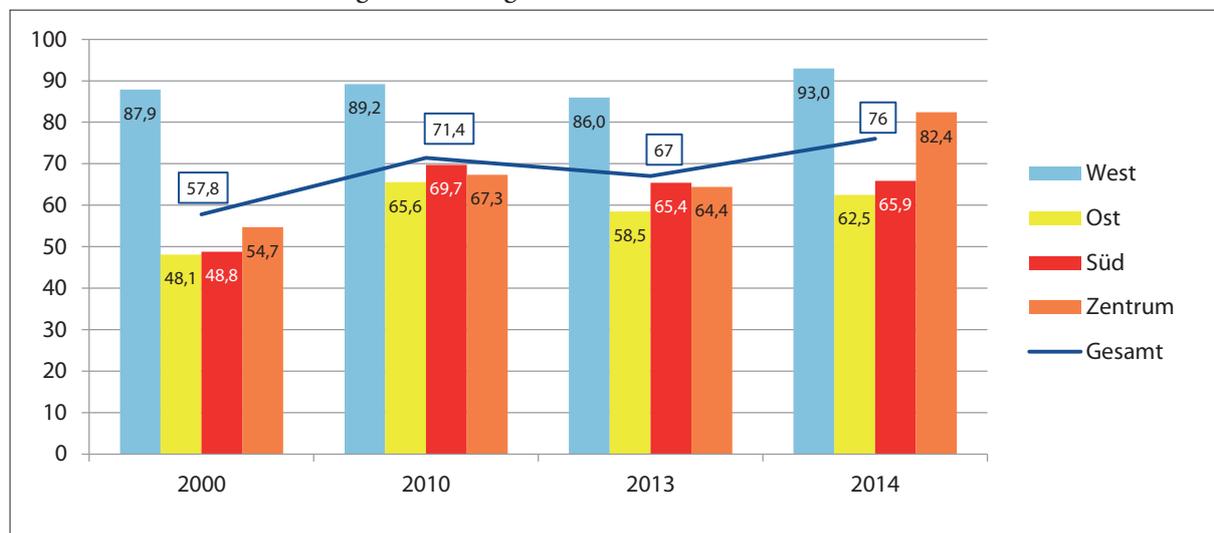
Grafik 1: Unabhängig davon, ob Sie in die Kirche gehen, wie würden Sie sich beschreiben?
(in %, April 2014)



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.012 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 25. bis 29. April 2014, Razumkov Centre: »Ukraine-2014: Socio-political conflict and the church«, Kyiv, <http://www.razumkov.org.ua/upload/2014_Khyga_Religiya_site_e.pdf>

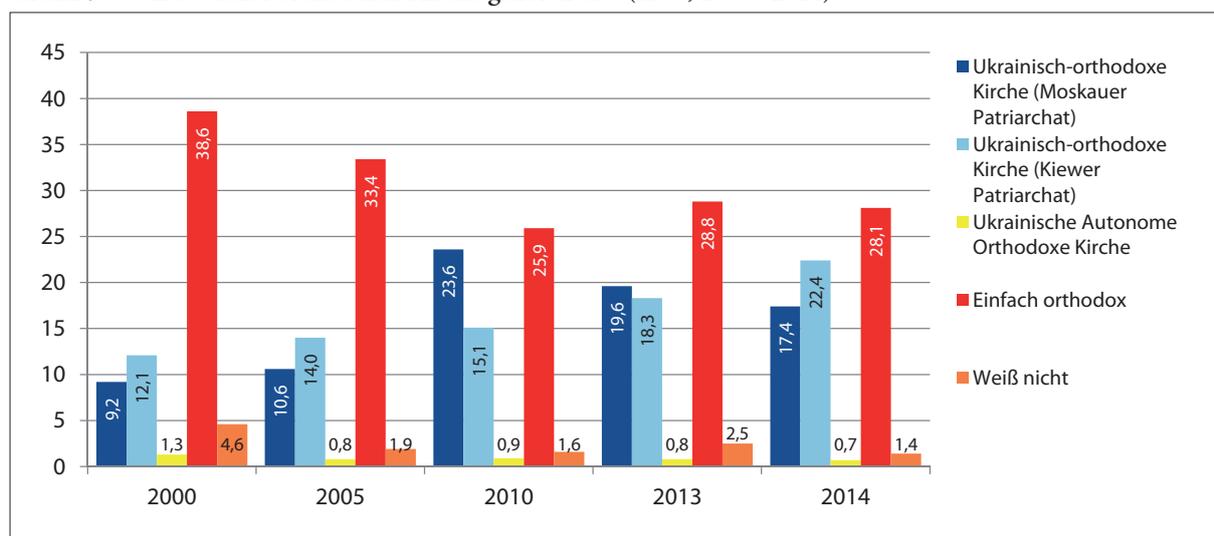
Grafik 2: Prozent der Gläubigen in den Regionen der Ukraine, 2000–2014



Anmerkung: Die Daten für 2014 sind laut der repräsentativen Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 25. bis 29. April 2014. Insgesamt wurden 2.012 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: Razumkov Centre: »Ukraine-2014: Socio-political conflict and the church«, Kyiv, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1403784774_file.pdf>

Grafik 3: Zu welcher orthodoxen Kirche gehören Sie? (in %, 2000–2014)



Anmerkung: Die Daten für 2014 sind laut der repräsentativen Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 25. bis 29. April 2014. Insgesamt wurden 2.012 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: Razumkov Centre: »Ukraine-2014: Socio-political conflict and the church«, Kyiv, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1403784774_file.pdf>

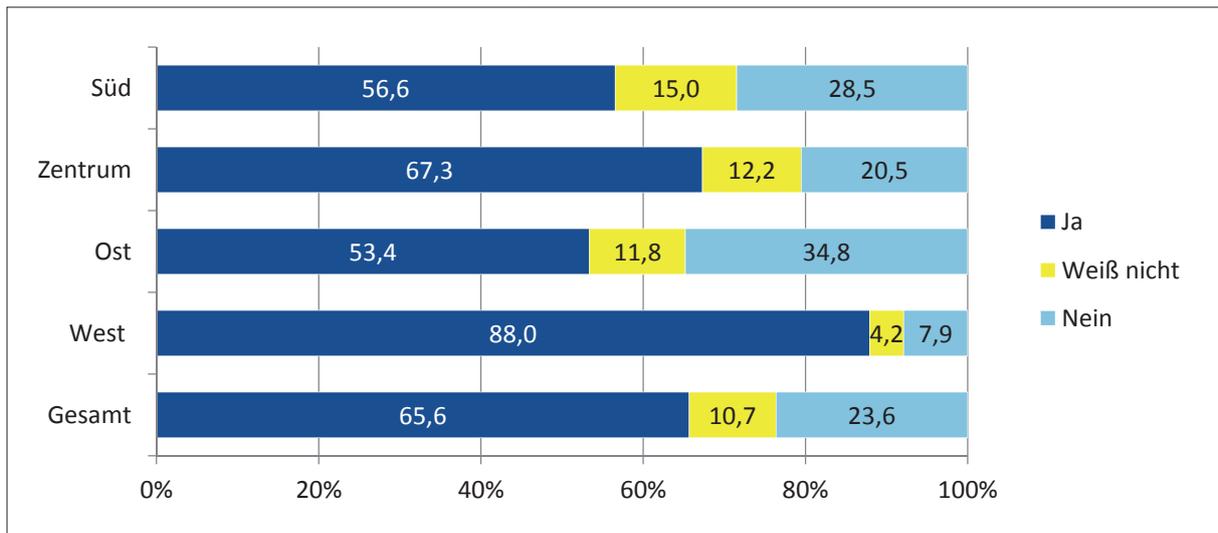
Tabelle 1: Zu welcher orthodoxen Kirche gehören Sie? (in %, nach Regionen)

	West		Ost		Zentrum		Süd	
	2005	2014	2005	2014	2005	2014	2005	2014
Ukrainisch-orthodoxe Kirche (Moskauer Patriarchat)	9,5	12,0	11,4	24,2	9,0	16,4	13,0	9,8
Ukrainisch-orthodoxe Kirche (Kiewer Patriarchat)	23,0	25,4	9,0	17,0	16,7	28,8	8,3	13,5
Ukrainische Autonome Orthodoxe Kirche	1,1	1,9	0,3	0,1	1,1	0,3	0,7	0,9
Einfach orthodox	10,1	13,4	47,3	28,1	30,2	32,4	38,7	42,3
Weiß nicht	0,3	1,2	1,9	1,7	2,1	1,2	3,7	0,9

Anmerkung: Die Daten für 2014 sind laut der repräsentativen Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 25. bis 29. April 2014. Insgesamt wurden 2.012 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

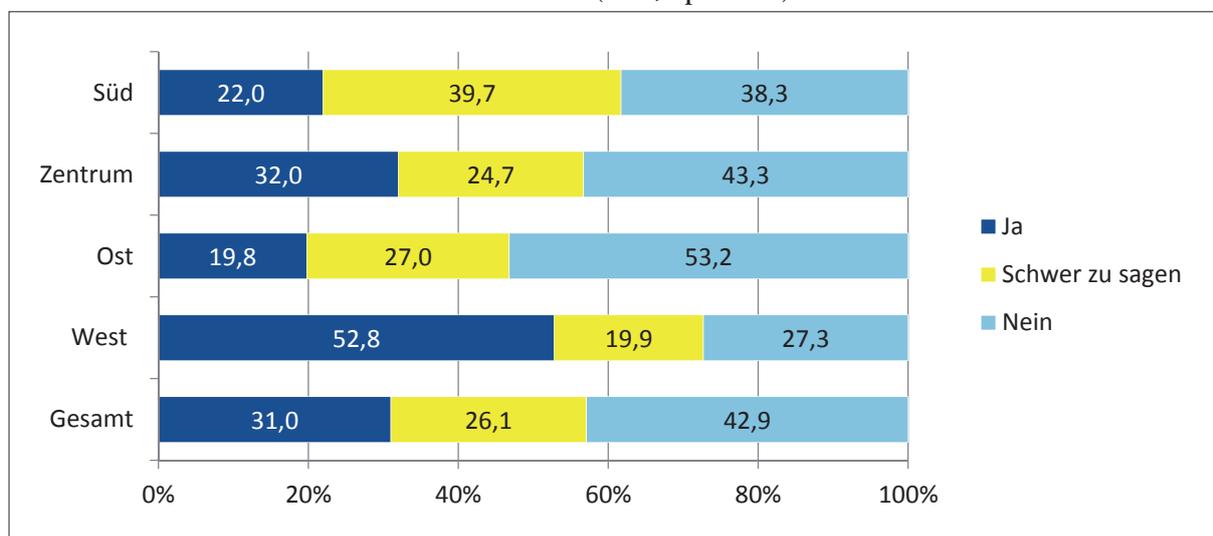
Quelle: Razumkov Centre: »Ukraine-2014: Socio-political conflict and the church«, Kyiv, <http://www.razumkov.org.ua/upload/1403784774_file.pdf>

Grafik 4: Vertrauen Sie der Kirche? (in %, April 2014)



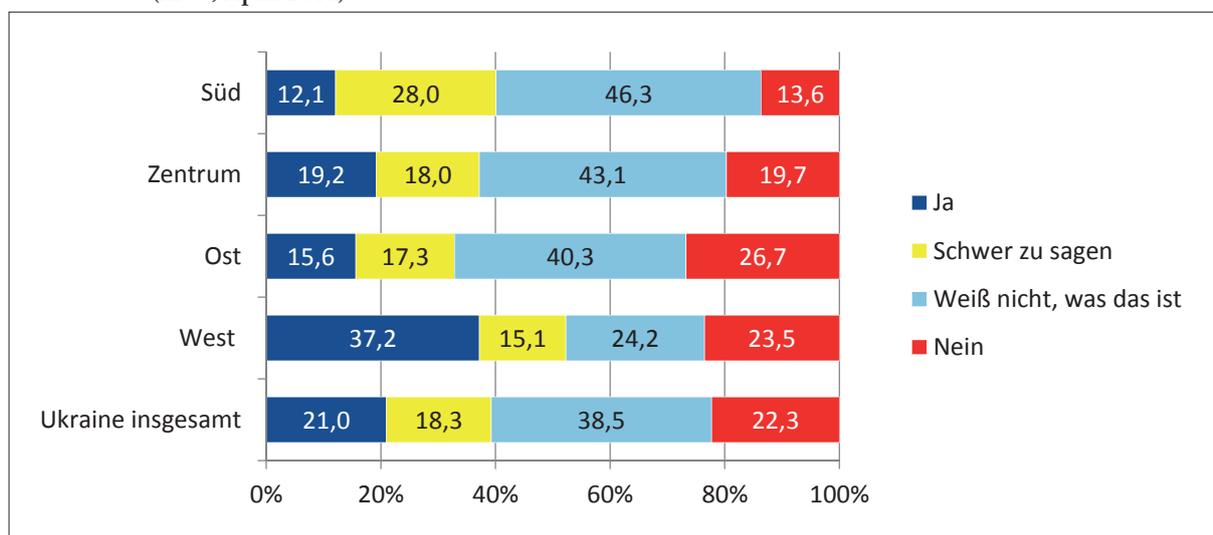
Anmerkung: Insgesamt wurden 2.012 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 25. bis 29. April 2014, Razumkov Centre: »Ukraine-2014: Socio-political conflict and the church«, Kyiv, <http://www.razumkov.org.ua/upload/2014_Khyga_Religiya_site_e.pdf>

Grafik 5: Muss die Kirche national orientiert sein? (in %, April 2014)

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.012 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

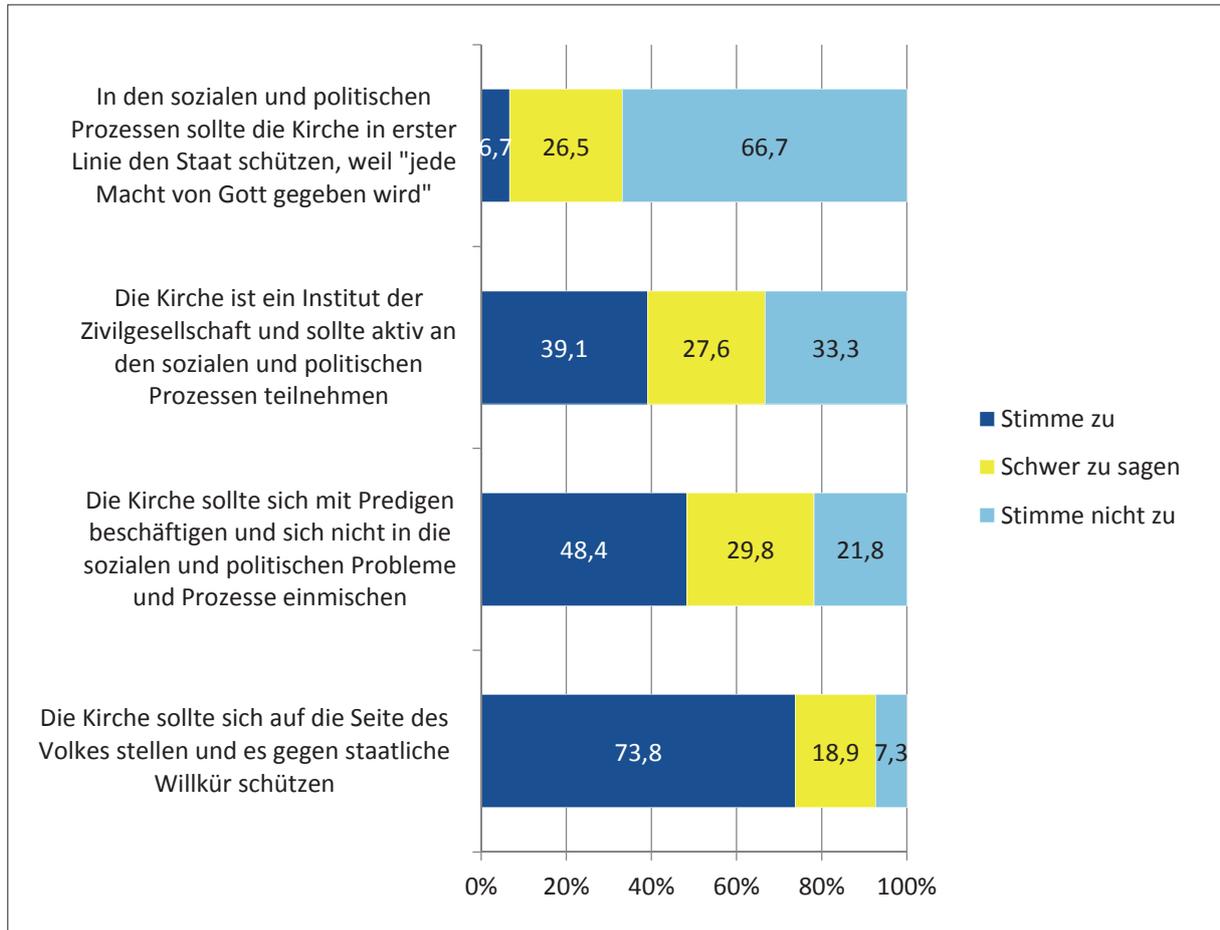
Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 25. bis 29. April 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/2014_Khyga_Religiya_site_e.pdf>

Grafik 6: Halten Sie eine vereinigte ukrainische Landeskirche für erforderlich? (in %, April 2014)

Anmerkung: Insgesamt wurden 2.012 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 25. bis 29. April 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/2014_Khyga_Religiya_site_e.pdf>

Grafik 7: Inwiefern stimmen Sie diesen Aussagen zu?



Anmerkung: Insgesamt wurden 2.012 Menschen ab 18 Jahren in allen Regionen der Ukraine (außer der Krim) befragt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 25. bis 29. April 2014, <http://www.razumkov.org.ua/upload/2014_Khyga_Religiya_site_e.pdf>

Forum

Es gibt in vielen Foren eine nicht nur kontrovers sondern auch sehr emotional geführte Debatte über die Rolle Russlands im bewaffneten Konflikt in der Ost-Ukraine. Der Beitrag in den letzten Ukraine-Analysen, der aus Sicht der Redaktion eine prägnante Zusammenfassung der Handlungskalküle der beteiligten Akteure gab, wurde im Sinne dieser Debatte von unseren Lesern intensiv diskutiert. Wir haben deshalb beschlossen in den zwei folgenden Kommentaren diesen Aspekt explizit aufzugreifen.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen

Hintergründe des Ukrainekriegs

Von Christian Wipperfürth, Berlin

Dem Kreml ist spätestens seit dem Kiewer Machtwechsel Ende Februar bewusst, dass die Ukraine der aus Belarus, Kasachstan und Russland bestehenden Zollunion fernbleiben wird. Moskau versucht seither eine ausschließliche Westbindung Kiews zu verhindern:

- Die Ukraine soll nicht der NATO beitreten, sondern blockfrei bleiben.
- Die Ukraine soll eine föderale Ordnung erhalten, um einen dauerhaften Einfluss des »russlandfreundlichen« Südens und Ostens auf Kiew zu gewährleisten.
- Die russische Sprache soll einen gesicherten und dauerhaften Status genießen.

Eine Einverleibung der Ostukraine stand nicht auf der Agenda.

Kiew war hinsichtlich der geopolitischen Orientierung des Landes, der staatlichen Gliederung und der Sprachenfrage nicht ernsthaft zu einem Kompromiss bereit. Dies war vielleicht nachvollziehbar, denn Kiew musste fürchten, nach der völkerrechtswidrigen Aktion Russlands auf der Krim weitere Landesteile zu verlieren. Dabei machen Umfragen seit vielen Jahren deutlich, dass eine überwältigende Mehrheit der Menschen in der Ost- und Südukraine eine NATO-Mitgliedschaft ablehnt und eine Statusverbesserung des Russischen fordert. Bereits im März vertrat fast die Hälfte der Befragten im Osten und Süden der Ukraine die Ansicht, die Differenzen zwischen den Landesteilen seien so groß, dass ein Staatszerfall denkbar sei. (<http://dif.org.ua/ua/polls/2014_polls/chi-vlastivi-ukraincjam-nastroi-separatizmu.html>, in: Ukraine-Analysen 132, S. 19) Auf die Frage »Übt die gegenwärtige Regierung in Kiew einen guten oder schlechten Einfluss auf die Entwicklung in der Ukraine aus?« vertraten Mitte April im Westen der Ukraine 60 Prozent, im Osten nur gut 20 Prozent der Befragten die Ansicht, der Einfluss sei gut. Zwei

Drittel waren im Osten hingegen der Auffassung, der Einfluss sei schlecht. (Pew Research Center, May 2014, »Despite Concerns about Governance, Ukrainians Want to Remain One Country«, <<http://www.pewglobal.org/files/2014/05/Pew-Global-Attitudes-Ukraine-Russia-Report-FINAL-May-8-2014.pdf>>)

Die Kiewer Führung versuchte den Eindruck zu erwecken, dass die Unruhe in der Ostukraine durch Russland initiiert und gesteuert werde. Wie hätte sie auch sonst erklären können, dass Separatisten während des gesamten Frühjahrs Polizeistationen, Kasernen und sogar regionale Hauptquartiere des Geheimdienstes besetzten, ohne auch nur einen Schuss abzugeben? Eine Minderheit der staatlichen Sicherheitsorgane wechselte offen die Seite, ein großer Teil blieb passiv. Die Separatisten wurden nur von einer Minderheit der Bevölkerung der Ostukraine aktiv unterstützt, eine große Mehrheit der Menschen lehnte die Politik Kiews aber nachdrücklich ab. Die ukrainischen Streitkräfte waren nur eingeschränkt bereit zu kämpfen, vermieden den Feindkontakt und versuchten stattdessen, den Gegner durch Artilleriebeschuss zu zermürben.

Kiew versuchte, den Westen durch überzeichnete oder falsche Meldungen über die Rolle Russlands auf seine Seite zu ziehen bzw. zu instrumentalisieren. Am 24. April beispielsweise legte US-Außenminister John Kerry Belege für die Anwesenheit russischer Agenten in Form von Fotos vor. Die von der ukrainischen Regierung zur Verfügung gestellten Fotos waren aber verfälscht worden. Washington hatte sich nicht veranlasst gesehen, die Fotos zu prüfen und übte auch keine öffentliche Kritik an den Fälschungen, sondern verhängte im Gegenteil weitere Sanktionen. Dies verstand Kiew natürlich als Einladung, die Rolle Russlands bei den Unruhen stark über-, diejenige der innerukrainischen Ursachen aber unterzubelichten.

Insbesondere Deutschland versuchte immer wieder, Brücken zu bauen. So legte Außenminister Frank-Walter Steinmeier im April einen mit Frankreich und Polen abgestimmten Plan vor, über den der »Spiegel« schrieb: »Steinmeiers Osteuropa-Plan, Brüssel oder Moskau? Beides!«

Und am 30. Juni vereinbarten die Bundeskanzlerin und die Präsidenten Frankreichs, Russlands und der Ukraine zu kooperieren, um eine anhaltende Waffenruhe in der Ostukraine und eine wirksame Kontrolle der russisch-ukrainischen Grenze zu erreichen. (<www.welt.de/politik/ausland/article129629890/Kiew-und-Moskau-einigen-sich-auf-Waffenruhe.html>) Russland schlug vor, dass sich ukrainische Beamte auf der russischen Seite an der Grenzkontrolle beteiligen könnten, und zwar dort, wo auf der ukrainischen Seite die Separatisten die Kontrolle ausüben. Die Grenze sollte zudem von OSZE-Beobachtern überwacht werden. (<www.ft.com/cms/s/0/27275a8e-0047-11e4-a3f2-00144feab7de.html#ixzz38UKOUcmv>) Die Außenminister Deutschlands, Frankreichs, Russlands und der Ukraine verabschiedeten auf Steinmeiers Initiative am 2. Juli eine gemeinsame Erklärung. Sie forderten u. a. eine umfassende Waffenruhe und begrüßten die

bereits genannte Bereitschaft Moskaus zur Verbesserung der Grenzkontrollen. (<www.auswaertiges-amt.de/DE/Infoservice/Presse/Meldungen/2014/140702_Statement.html>) Der ukrainische Präsident verkündete jedoch fast unmittelbar nach der Einigung den Beginn einer Offensive, was die USA begrüßten. Poroschenko erklärte, sein Land müsse von »Parasiten« befreit werden. Die Ukraine habe bislang keine konkreten Schritte der Deeskalation gesehen, z. B. verstärkte Grenzkontrollen, dabei war gerade dies soeben vereinbart worden. (<<http://uk.reuters.com/article/2014/07/01/us-ukraine-crisis-idUKKBN0F52OO20140701>>)

Die Ukraine versuchte einen militärischen Durchmarsch, im Gegenzug verstärkte Moskau die Unterstützung für die Separatisten. – War dies legitim? Zumindest die Ostukrainer beantworteten diese Frage mit ja, indem sie zu Hunderttausenden nach Russland flüchteten.

Die Ukraine hat als geeinter Staat nur eine Zukunft zwischen dem Westen und Russland. Der Versuch, sie auf eine Seite zu ziehen, hat bereits Tausende Menschenleben gekostet und dürfte zum endgültigen Ende der territorialen Einheit sowie einer menschlichen und wirtschaftlichen Katastrophe für das gesamte Land führen.

Über den Autor:

Dr. Christian Wipperfürth ist seit 2014 Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Von 2001 bis 2004 hat er als Assistant Professor Internationale Beziehungen an der Universität in St. Petersburg unterrichtet. Seit 2005 arbeitet er als selbstständiger Publizist. Schwerpunkte seiner Arbeit sind die aktuelle russische Außenpolitik, die deutsch/europäisch-russischen Energiebeziehungen und die russisch-chinesischen Beziehungen.

Die internationale Dimension des Ukraine-Konflikts: Worum es eigentlich geht

Von Heiko Pleines, Bremen

Einleitung

Im Zusammenhang mit der aktuellen Ukraine-Krise wird viel und oft sehr emotional darüber diskutiert, inwieweit die russische Armee an den Kämpfen in der Ost-Ukraine beteiligt ist bzw. war. Dabei gerät aus meiner Sicht die dahinter stehende grundlegende Frage nach der Position Russlands in der internationalen Politik zu oft aus dem Blick.

1. Russland hält die Separatisten für legitim

Rhetorisch werden die Separatisten vom russischen Präsidenten Wladimir Putin als legitime Verhandlungspartner anerkannt und die Schuld an einer »humanitären Katastrophe« in der Ost-Ukraine wird den Truppen der ukrainischen Regierung angelastet, so z. B. in einer offiziellen Stellungnahme vom 29. August 2014 (<<http://eng.kremlin.ru/news/22863>>).

Gleichzeitig unterstützen viele russische Staatsbürger als Kämpfer in der Ost-Ukraine die Separatisten und hatten dabei auch führende Positionen bei den Separatisten inne. Unterstützung für die Separatisten wurde in russischen Großstädten an Ständen offen angeworben. Ein russischer Soldat, der nach offizieller Darstellung während seines Urlaubs an der Seite der Separatisten kämpfte und dabei getötet wurde, wurde im russischen

Staatsfernsehen als Held dargestellt, der »seinem Herzen« gefolgt sei. (1. Kanal, Programm Vremja, 4.9.2014, 21:00, 9. Beitrag, <<http://www.1tv.ru/newsvideoarchive/pd=04.09.2014>>)

Während z. B. die polnische Regierung erklärt hat, dass polnischen Staatsbürgern, die in der Ukraine kämpfen (vermutlich eher auf der ukrainischen Seite), bis zu fünf Jahre Haft drohen (Stellungnahme des Außenministeriums vom 16.8.2014, <http://www.msz.gov.pl/en/news/press_office/corrections/mfa_statement_on_dpa_dispatch_based_on_media_speculations_published_on_16_august_2014_;jsessionid=ABDBF6F2B0AB95453FF24C3130B22ED8.cmsap5p>), lässt Russland trotz massiver Truppenpräsenz an der Grenze zur Ukraine nicht nur zu, dass die Separatisten über die Grenze Nachschub erhalten, sondern stellt die Kämpfer auf Seiten der Separatisten als Helden dar.

Zusätzlich verlieh das russische Parlament dem Präsidenten von Anfang März bis Ende Juni 2014 das Recht, militärisch in der Ukraine zu intervenieren. Russland selber hielt also eine militärische Intervention in der Ukraine nicht grundsätzlich für falsch.

Unabhängig von der Frage der tatsächlichen militärischen Unterstützung für die Separatisten kann also festgehalten werden, dass Russland die Separatisten als legitime Kraft darstellt und eine militärische Intervention zu ihrer Unterstützung nicht grundsätzlich ablehnt.

2. Russland hat doppelte Standards

Die entscheidende Frage ist damit, ob eine Unterstützung der Separatisten legitim ist oder nicht. Hier fällt auf, dass die russische Regierung keine einheitliche Position bezüglich der Legitimität von Separatismus hat. Bezogen auf die Ukraine ergeben sich vier Unstimmigkeiten:

1. Russland hat im Budapester Memorandum explizit die Garantie für die territoriale Integrität der Ukraine übernommen. Dieses Memorandum wurde mit der Annexion der Krim offensichtlich verletzt.
2. Auf die Unabhängigkeitsbestrebungen Tschetscheniens reagierte Russland zweimal mit dem Einsatz der Armee, das zweite Mal unter Putin mit einer »Anti-Terror-Operation«, die nicht nur dem Namen nach, sondern auch bezüglich der Betonung des Prinzips der territorialen Integrität und bezüglich der verheerenden Folgen für die Zivilbevölkerung an die ukrainische Reaktion auf die Separatisten im Donbas erinnert. Interessanterweise war auch in Russland der Hinweis auf ausländische Kämpfer in Tschetschenien ein zentraler Bestandteil der Delegitimierung des Gegners.
3. Ebenso hat Russland scharf gegen die westliche Unterstützung für die Unabhängigkeit des Kosovo protestiert und den Hinweis der NATO auf die

»humanitäre Katastrophe« im Kosovo nicht als Grund für die Unabhängigkeit des Kosovo akzeptiert. Wenn Russland behauptet, auf der Krim und in der Ost-Ukraine das Selbstbestimmungsrecht der Völker für ethnische Minderheiten zu akzeptieren, dann müsste Russland konsequenterweise auch die Unabhängigkeit des Kosovo anerkennen.

4. Putin hat die ukrainische Regierung als illegitim bezeichnet, weil sie nicht durch demokratische Wahlen an die Macht gekommen sei, und sie »Junta« genannt (Medien-Forum in St. Petersburg, 24. April 2014, <<http://eng.kremlin.ru/news/7075>>). Die Vertreter der Separatisten in der Ost-Ukraine haben sich alle selber ernannt, ohne je allgemeine Wahlen durchzuführen, ohne dass Russland ihnen deshalb die Legitimation abspricht. Zusätzlich ist darauf hinzuweisen, dass die Unabhängigkeitsreferenden auf der Krim und in der Ost-Ukraine demokratischen Standards nicht gerecht wurden (Zu den Referenden siehe Ukraine-Analysen Nr. 132, S. 23–26).

Begründete Vorwürfe von doppelten Standards sind – so bedauerlich das auch sein mag – in der internationalen Politik eher die Regel als die Ausnahme. Prominente Beispiele sind die angeblichen Massenvernichtungswaffen im Irak, die unter Führung der USA und Großbritanniens als Rechtfertigung für die Besetzung des Landes genommen wurden, oder auch der NATO-Einsatz gegen Jugoslawien im Kontext der Kosovo-Krise, der durch die UNO nicht legitimiert war, oder die Taktik der USA im NSA-Skandal, auch bezogen auf die Bespitzelung ausländischer Politiker, alles zu leugnen, was nicht bereits bewiesen wurde.

Die dazu passende Interpretation, die von vielen Experten vertreten wird, besagt, dass Russland dieselbe Außenpolitik betreibt wie alle anderen Großmächte: pragmatisch, geopolitisch begründet und auf Einflussphären orientiert, um die eigene Machtposition – im Fall Russlands gegen den Westen – zu behaupten. Die Ironie der Ukraine-Krise ist dann, wie der Economist schrieb (20.9.2014), dass die Russen die Europäische Nachbarschaftspolitik (und damit die Assoziierung u. a. der Ukraine an die EU) bei weitem ernster genommen haben, als die EU selber es je getan hat.

Weil mein Eindruck ist, dass im Westen insbesondere diejenigen, die der globalen Rolle der USA kritisch gegenüberstehen, Verständnis für die russische Position äußern, muss zumindest festgehalten werden, dass die russische Außenpolitik im moralischen Sinne nicht besser ist als die der USA, sondern dass sie (mit begrenzteren Mitteln) dieselbe Art pragmatischer (und damit gegenüber moralischen Prinzipien immuner) Großmachtspolitik verfolgt.

3. Russland begründet seine Politik nationalistisch

Tatsächlich sehe ich aber bezogen auf internationale Interventionen zwei zentrale Unterschiede zwischen Russland und den USA. Der erste ist innenpolitisch. In den USA gibt es eine kontroverse öffentliche Debatte und kritische Medienberichte sowohl im Vorfeld als auch begleitend zu Interventionen. Die Fragwürdigkeit der Behauptung, dass der Irak Massenvernichtungswaffen besitze, wurde so im Westen selbst intensiv diskutiert und führte u. a. dazu, dass sich Deutschland und Frankreich nicht an der Invasion beteiligten. Auch über den NSA-Skandal wurde von führenden amerikanischen Medien kritisch berichtet. In Russland hingegen findet eine kontroverse Diskussion der Außenpolitik des Landes nicht wirklich statt.

Der zweite – hier relevante – Unterschied bezieht sich auf die Legitimation der internationalen Intervention. Die USA und die NATO haben Interventionen im Ausland immer mit einer Krise im Zielland begründet und die Intervention darauf ausgerichtet, die Machtverhältnisse im Land zu verändern. Es dürfte mittlerweile offensichtlich geworden sein, dass diese Art der Intervention – ganz unabhängig von moralischen Fragen – nur sehr begrenzt erfolgreich ist. Zentral für die hier vorgenommene Argumentation ist aber, dass es um die Verhinderung einer (eindeutig selbst-definierten) »Katastrophe« geht und deshalb zwar eine Intervention, aber keine Annexion angestrebt wird. Dies ist bei Russland anders.

Putin hat die Annexion der Krim explizit mit nationalistischen Argumenten gerechtfertigt. Die Rückkehr der Krim zu Russland sei die Anerkennung der »historischen Wahrheit«. (Rede bei den Siegesfeierlichkeiten in Sewastopol am 9.5.2014, <<http://eng.kremlin.ru/transcripts/7158>>) Bei seiner Ansprache aus Anlass der Aufnahme der Krim in die Russische Föderation erklärte Putin: »In den Herzen und Köpfen der Menschen war die Krim immer ein untrennbarer Teil Russlands. Diese feste Überzeugung basiert auf Wahrheit und Gerechtigkeit und wurde über die Zeit und unter allen Umständen und trotz der dramatischen Veränderungen, durch die unser Land während des ganzen 20. Jahrhunderts gegangen ist, von Generation zu Generation weitergegeben.« (<<http://eng.kremlin.ru/news/6889>>) In der populären im Fernsehen übertragenen Fragerunde des Prä-

sidenten mit Anrufern aus dem ganzen Land erklärte Putin im April, dass die Diskriminierung der ethnischen Russen in der Ukraine Russland zum Handeln gezwungen habe und deshalb die Annexion der Krim erfolgt sei. (<<http://eng.kremlin.ru/news/7034>>)

Putin hat auch erklärt, dass die Teile der Ukraine, die in Russland zunehmend als »Neu-Russland« bezeichnet werden und die in Putins Aufzählung fünf ukrainische Regionen bis hin zur ukrainischen Westgrenze umfassen, eigentlich nicht zur Ukraine, sondern zu Russland gehören. In der oben genannten Fragerunde sagt er: »Diese Gebiete wurden in den 1920er Jahren von der sowjetischen Regierung an die Ukraine gegeben. Warum? Wer weiß. Sie wurden von Potemkin und Katharina der Großen in einer Reihe bekannter Kriege gewonnen. Das Zentrum dieser Region war Noworossisk, deshalb wurde die Region Noworossija [»Neu-Russland«] genannt. Russland hat diese Gebiete aus verschiedenen Gründen verloren, aber die Menschen sind dort geblieben« (<<http://eng.kremlin.ru/news/7034>>).

4. Ausblick

Die Behauptung einer »historischen Wahrheit« in Bezug auf nationale Grenzen und mit ethnischer Zugehörigkeit begründete Interventionen in anderen Ländern kann – wie nicht nur zwei Weltkriege gezeigt haben – fatale Folgen haben. Verständnis für die russische Position im Sinne einer impliziten Zustimmung erscheint mir in diesem Zusammenhang mehr als schwierig.

Russland hat sich durch emotional aufgeladene Rechtfertigungen in eine Lage manövriert, die zwar die Akzeptanz einer friedlichen Lösung des Konflikts in der Ost-Ukraine erlaubt, aber keine Absage an die nationalistische Begründung für Interventionen im Ausland. Damit stellt sich Russland außerhalb der Prinzipien der derzeitigen Weltordnung (wie auch die Verurteilung der Krim-Annexion durch die UN-Vollversammlung gezeigt hat) und schafft – sollte es erfolgreich sein – gleichzeitig einen Präzedenzfall für Grenzstreitigkeiten in vielen Teilen der Welt.

Wer die moralische Autorität und die angemessenen Mittel hat, gegenüber Russland (und nicht nur gegenüber Russland) auf einer Einhaltung der internationalen Regeln bezüglich territorialer Integrität zu bestehen, ist eine andere Frage.

Über den Autor

Dr. Heiko Pleines leitet die Abteilung Politik und Wirtschaft der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen.

Das Minsker Memorandum vom 19. September

Memorandum über die Erfüllung des Protokolls der Ergebnisse der Beratungen der Trilateralen Kontaktgruppe über gemeinsame Schritte zur Umsetzung des Friedensplans des Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, und der Initiativen des Präsidenten Russlands, Wladimir Putin.

[Text nur im russischen Original verfügbar, inoffizielle Übersetzung für die Ukraine-Analysen]

Zur Umsetzung von Punkt 1 des Protokolls der Ergebnisse der Konsultationen der Trilateralen Kontaktgruppe über gemeinsame Schritte zur Umsetzung des Friedensplans des Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, und der Initiativen des Präsidenten Russlands, Wladimir Putin (unterschrieben in Minsk, Belarus, am 5. September 2014), hat die Trilaterale Kontaktgruppe, die aus Vertretern der Ukraine, der Russischen Föderation und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie aus Vertretern einzelner Distrikte der Regionen Donezk und Luhansk besteht, Einverständnis über folgende Maßnahmen erzielt, die die Vereinbarung über eine beidseitige Beendigung des Waffeneinsatzes bestätigen sollen.

1. Die Beendigung des Waffeneinsatzes gilt für alle Parteien.
2. Alle Parteien müssen Truppenteile und Untereinheiten in der Position vom 19. September 2014 halten.
3. Der Einsatz jeglicher Art von Waffen und die Durchführung offensiver Operationen sind verboten.
4. Innerhalb von 24 Stunden nach Beschluss dieses Memorandums müssen beide Seiten alle Waffen mit Kalibern von über 100 mm (mit Ausnahme der unten genannten) bis auf mindestens 15 Kilometer Abstand zur Kontaktlinie zurückziehen, unter anderem auch aus besiedelten Orten. Das wird die Schaffung einer Waffenstillstandszone von mindestens 30 Kilometern erlauben (Sicherheitszone).
Gleichzeitig müssen Artilleriesysteme mit Kalibern von über 100 mm auf den Abstand ihrer maximalen Schussweite zurückgezogen werden. Insbesondere gilt das für diese Systeme:
100-mm-Kanone MT-12 – 9 km; 120-mm-Granatwerfer – 8 km; 122-mm-Haubitze D-30 (2S1 »Gwosdika«) – 16 km; 152-mm-2S5 »Giazint-S« (2S3 »Akazia«, 2S19 »Msta-S«, 2A65 »Msta-B«) – 33 km; RSZO 9K51 »Grad« – 21 km; 9K57 »Uragan« – 36 km; 9K58 »Smertsch« – 70 km; RSZO »Tornado-G« – 40 km, RSZO »Tornado-U« – 70 km, RSZO »Tornado-S« – 120 km; taktische Lenkflugkörpersysteme – 120 km.
5. Die Stationierung von schweren Waffen und Kampftechnik in dem Gebiet zwischen den Orten Komsomolskoe, Kumatschewo, Nowoasowsk und Sachanka ist verboten, die OSZE überwacht dieses Verbot.
6. Innerhalb der Sicherheitszone ist die Errichtung neuer Minen- und Sprengstoffbarrieren verboten. Bereits errichtete Minen- und Sprengstoffbarrieren sind abzubauen.
7. Ab dem Beschluss dieses Memorandums gilt ein Flugverbot für Kampfflugzeuge und ausländische unbemannte Luftfahrzeuge (Drohnen) – mit Ausnahme von Drohnen, die die OSZE-Beobachtermission einsetzt – entlang der gesamten Kontaktlinie in der mindestens 30 Kilometer breiten Waffenstillstandszone.
8. Innerhalb von 24 Stunden nach Beschluss des Memorandums muss eine OSZE-Beobachtermission eingesetzt werden, bestehend aus den Beobachtergruppen der Organisation in der Waffenstillstandszone. Es ist ratsam, das oben genannte Gebiet in Sektoren zu unterteilen, deren Anzahl und Grenzen im Laufe der Vorbereitung der Arbeit der OSZE-Beobachtermission vereinbart werden.
9. Alle ausländischen Militärkräfte, alle Kampftechnik sowie alle Kämpfer und Söldner werden aus der Ukraine unter OSZE-Überwachung abgezogen.

Teilnehmer der Trilateralen Kontaktgruppe:

Botschafterin Heidi Tagliavini [Unterschrift]

Zweiter Präsident der Ukraine L. D. Kutschma [Unterschrift]

Botschafter der Russischen Föderation in der Ukraine M. Ju. Surabow [Unterschrift]

A. W. Sachartschenko [Unterschrift]

I. W. Plotnizki [Unterschrift]

Minsk, 19. September 2014

Quelle: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), <<http://www.osce.org/home/123806>>

Die Meinung der Ukrainer über die Gesetze zur Friedenssicherung

Die Ukrainer sind dem Gesetz zur Sonderstellung der Donbass-Region und dem Amnestiegesetz gegenüber skeptisch eingestellt, ein Drittel fordert die Aufhebung dieser Gesetze.

Kiew, 23. September 2014

75 % der Befragten (alle über 18 Jahre) wissen, dass das Parlament das Gesetz zur besonderen Regelung der kommunalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk verabschiedet hat. Ein Viertel der Befragten ist sich dieser Tatsache nicht bewusst.

38,6 % der Befragten drücken ihre Unterstützung für dieses Gesetz aus, während 43,6 % seine Billigung nicht begrüßen. Zugleich sind 17,8 % der Befragten nicht in der Lage, ihre Haltung zur Verabschiedung des Gesetzes zur besonderen Regelung der kommunalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk zum Ausdruck zu bringen.

70 % der Befragten wissen von der Verabschiedung des Gesetzes zur Amnestie (Freistellung von der Haftung) für Mitglieder illegaler bewaffneter Gruppen in den Regionen Donezk und Luhansk. Dagegen wissen 29 % der Befragten darüber nicht Bescheid. Das Ereignis wird von einem Drittel der Befragten (35,5 %) unterstützt, während mehr als die Hälfte (57,3 %) der Verabschiedung des Amnestiegesetzes nicht zustimmt. Die weiteren 7 % sind nicht in der Lage, ihre Haltung dazu zum Ausdruck zu bringen.

67 % der Befragten sind gegenüber der Tatsache, dass das Parlament geheim über die beiden Gesetze abgestimmt hat, negativ eingestellt. Nur 10 % unterstützen das Abstimmungsformat. Daneben sagen 19,5 % der Befragten, dass es ihnen gleichgültig ist, wie diese Gesetze verabschiedet wurden.

Die meisten Befragten (62 %) glauben nicht, dass die Verabschiedung des Gesetzes zur besonderen Regelung der kommunalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk und des Amnestiegesetzes für Mitglieder der illegalen bewaffneten Gruppen Frieden im Osten der Ukraine gewährleisten kann. 31,6 % der Befragten glauben an ein positives Ergebnis dieser politischen Entscheidungen.

Allerdings befürworten nur 34 % der Befragten die Initiative der Partei »Batkiwschtschyna« (Vaterland) für die sofortige Aufhebung des Gesetzes zur besonderen Regelung der kommunalen Selbstverwaltung in bestimmten Bezirken der Regionen Donezk und Luhansk und des Amnestiegesetzes für Mitglieder illegaler bewaffneter Gruppen. Sie stehen 55 % gegenüber, die diese Initiative nicht unterstützen. 11 % der Befragten sind nicht in der Lage, ihre Haltung zu dieser Frage zu äußern.

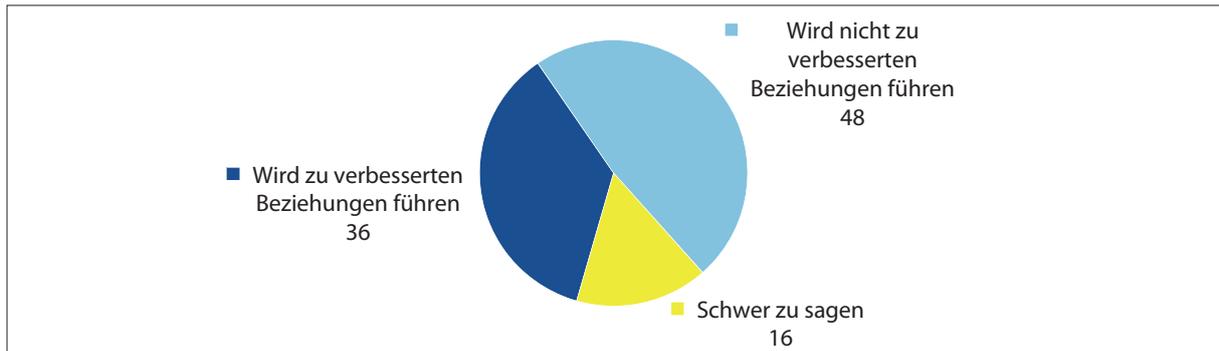
Über die Umfrage

Die Umfrage wurde vom 19. bis zum 21. September 2014 von dem Marktforschungsinstitut GfK Ukraine im Auftrag der NGO »Fond »Widkryta Polityka«« (Stiftung Offene Politik) durchgeführt. Die Stichprobengröße betrug 800 Befragte aus der Bevölkerung der Ukraine ab 18 Jahre (entsprechend der nationalen repräsentativen Stichprobe). Sie wurde telefonisch (Anrufe auf Mobiltelefone) durchgeführt. Ihr maximaler Fehler beträgt 3,5 %.

Quelle: Pressemitteilung des Marktforschungsinstituts GfK Ukraine, <http://www.gfk.ua/ua/Documents/Press%20Releases/20140923_gfk_rel_politics_ukr.pdf>

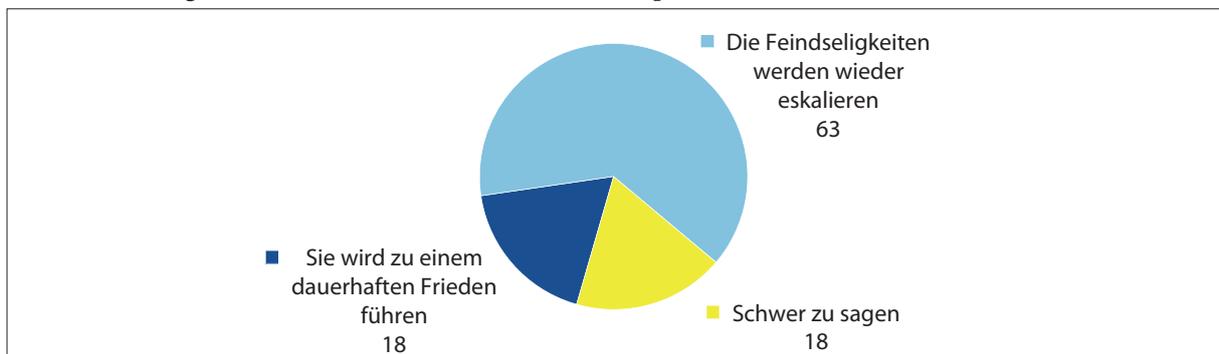
Russische Meinungen zum Waffenstillstand

Grafik 1: Glauben Sie, dass ein Waffenstillstand zwischen der ukrainischen Regierung und den selbsternannten Republiken von Donezk und Luhansk zu verbesserten Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland führen wird oder nicht? (in %, September 2014)



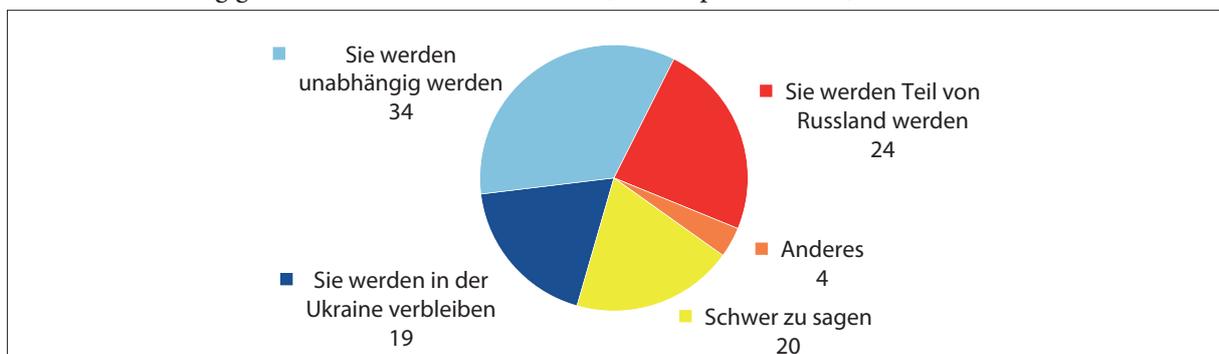
Quelle: repräsentative Telefonumfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 13./14. September 2014, <<http://fom.ru/Mir/11731>>

Grafik 2: Glauben Sie, dass diese Waffenruhe zu einem dauerhaften Frieden führen wird oder dass die Feindseligkeiten wieder eskalieren werden? (in %, September 2014)



Quelle: repräsentative Telefonumfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 13./14. September 2014, <<http://fom.ru/Mir/11731>>

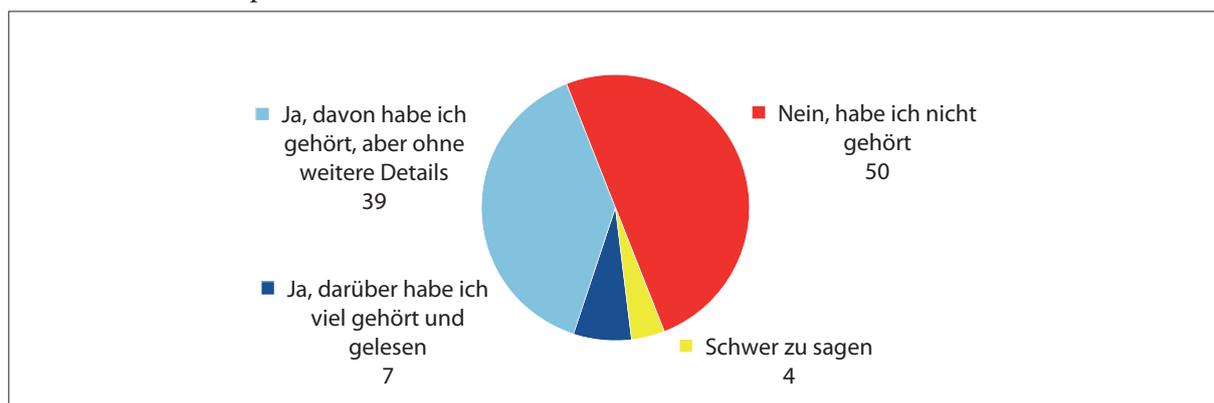
Grafik 3: Was denken Sie, werden die Republiken von Donezk und Luhansk in der Ukraine verbleiben, unabhängig oder Teil von Russland werden? (in %, September 2014)



Quelle: repräsentative Telefonumfrage der »Stiftung Öffentliche Meinung« (FOM) vom 13./14. September 2014, <<http://fom.ru/Mir/11731>>

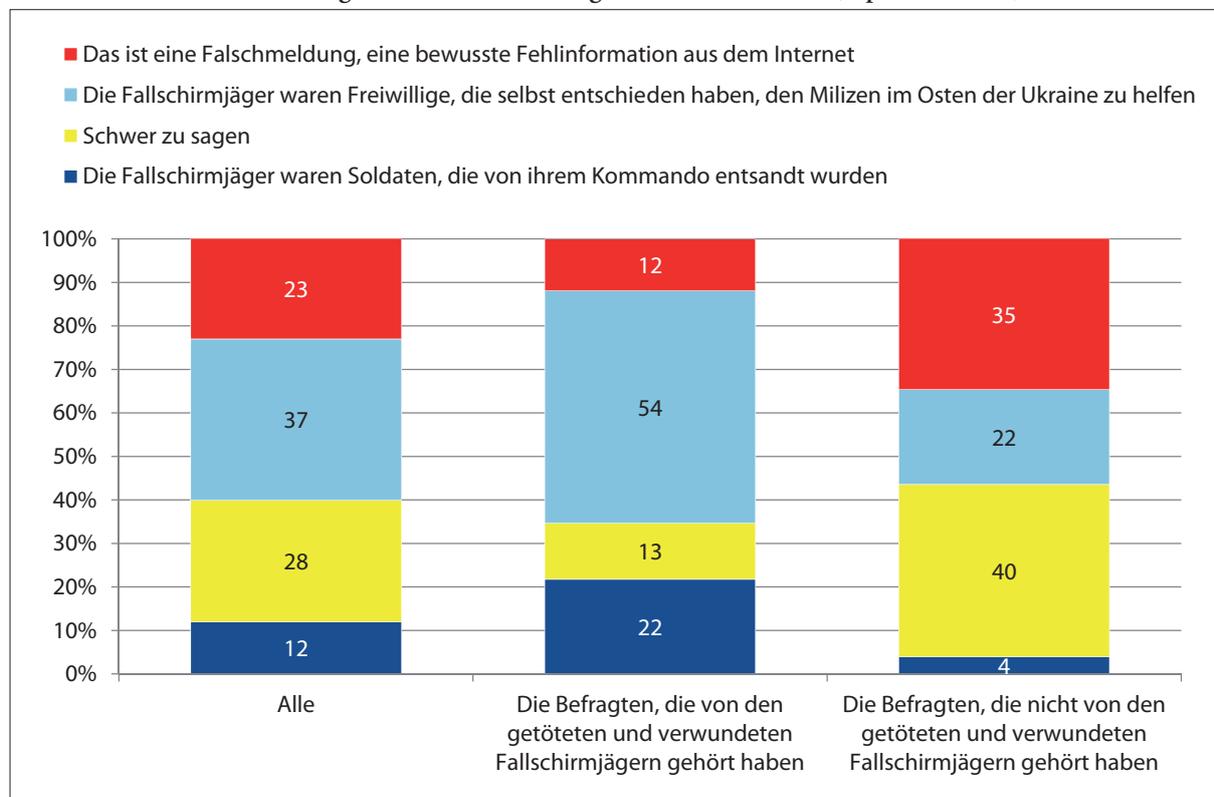
Russische Meinungen über den Tod von Fallschirmjägern aus Pskow

Grafik 1: Haben Sie gehört, dass Fallschirmjäger einer Gardedivision der Luftlandtruppen aus Pskow bei Kämpfen in der Ukraine getötet und verwundet worden sind? (in %, September 2014)



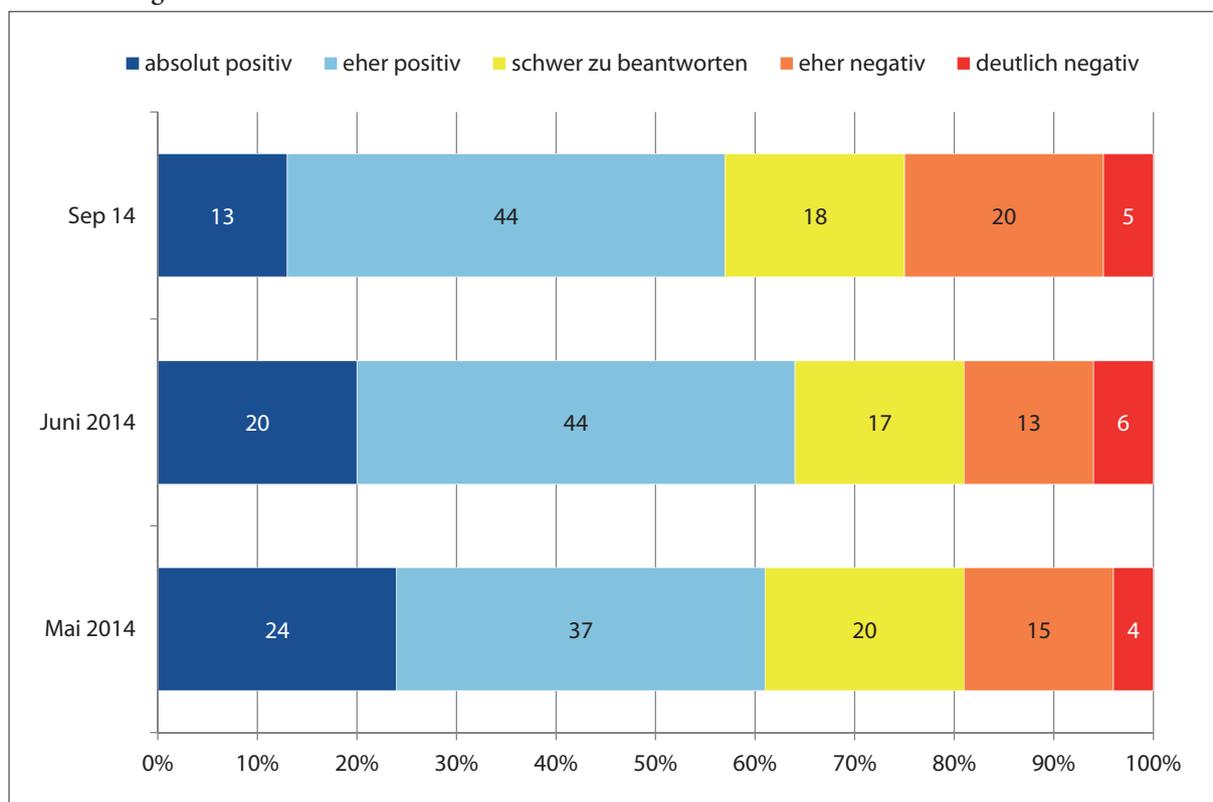
Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19. bis zum 22. September 2014, <<http://www.levada.ru/29-09-2014/ros-siyane-o-gibeli-desantnikov-iz-pskova>>

Grafik 2: Welche der Aussagen trifft Ihrer Meinung nach am ehesten zu? (September 2014)



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19. bis zum 22. September 2014, <<http://www.levada.ru/29-09-2014/ros-siyane-o-gibeli-desantnikov-iz-pskova>>

Grafik 3: Wie beurteilen Sie die Teilnahme der russischen Freiwilligen bei den Zusammenstößen in den Regionen Donezk und Luhansk?



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Zentrums vom 19. bis zum 22. September 2014, <<http://www.levada.ru/29-09-2014/ros-siyane-o-gibeli-desantnikov-iz-pskova>>

15. – 28. September 2014

15.09.2014	Es wird berichtet, dass trotz des Waffenstillstands separatistische Truppen weiter auf Stellungen der Armee und auf zivile Ziele feuern.
15.09.2014	Vorläufige Ergebnisse der Regionalwahl auf der Krim vom 14. September 2014 werden bekannt gegeben. Die russische Regierungspartei Einiges Russland liegt nach Auszählung von etwas über der Hälfte der Protokolle in allen 25 Einerwahlkreisen klar in Führung. Die Wahlbeteiligung wird auf 52% beziffert. Das ukrainische Außenministerium hält die Wahlen für illegal und erklärt, sie würden nichts am Status der Krim verändern.
15.09.2014	In Donezk kommen beim Beschuss von Wohngebäuden sechs Zivilisten ums Leben. Auch in Makijiwka wird eine Person getötet.
15.09.2014	Catherine Ashton, Hohe Kommissarin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, nennt das Eindringen des zweiten russischen Hilfskonvois in die Ukraine ohne die Erlaubnis der ukrainischen Behörden eine Verletzung der Souveränität der Ukraine.
16.09.2014	Das Parlament verabschiedet ein Amnestiegesetz. Wenn die »illegal bewaffneten Gruppen«, d. h. die Separatisten in der Ostukraine, innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten des Gesetzes alle Gefangenen freigelassen, ihre Waffen niedergelegt und alle besetzten Verwaltungsgebäude geräumt haben, sollen sie von der juristischen Verantwortung für ihre Vergehen befreit werden – vorausgesetzt, sie haben sich keine schweren Verbrechen zuschulden kommen lassen und waren nicht in den Abschuss der Passagiermaschine der Malaysia Airlines im Juli 2014 verwickelt.
16.09.2014	In Donezk kommen trotz der offiziell anhaltenden Waffenruhe erneut drei Zivilisten ums Leben.
16.09.2014	Finanzminister Oleksandr Schlapak prognostiziert, dass die ukrainische Wirtschaft im Jahr 2014 wegen des Krieges im Donbass um 6% schrumpfen werde.
16.09.2014	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz, das für die Teile der Gebiete Luhansk und Donezk, in denen die »Anti-Terror-Operation« durchgeführt wird, für drei Jahre eine besondere Regelung der kommunalen Selbstverwaltung vorsieht und ausdrücklich die freie Verwendung der russischen Sprache garantiert.
16.09.2014	Drei Soldaten kommen bei Gefechten ums Leben.
16.09.2014	Mit 355 Ja-Stimmen und 26 Enthaltungen ratifiziert das Parlament das Assoziationsabkommen zwischen der EU und der Ukraine. Gleichzeitig ratifiziert das Europäische Parlament das Dokument mit 535 Ja-Stimmen bei 127 Nein-Stimmen und 35 Enthaltungen.
16.09.2014	Mit 289 Ja-Stimmen und 52 Enthaltungen verabschiedet das Parlament eine Stellungnahme, in der der Beitritt der Ukraine zur EU angestrebt wird.
16.09.2014	Die Ukraine wendet sich an die EU mit der Bitte um weitere zwei Milliarden Euro an Hilfskrediten.
16.09.2014	Während vor dem Parlament Aktivisten demonstrieren, verabschiedet das Parlament ein Gesetz zur »Lustration«, d. h. zur Überprüfung hoher Beamter auf Hinweise zu Korruptionsdelikten.
17.09.2014	Berichte häufen sich, nach denen separatistische Einheiten Wohngebäude beschießen. In drei Dörfern sei es zu Todesfällen unter der Zivilbevölkerung gekommen.
17.09.2014	Bei einer Militärübung kommt ein Soldat ums Leben.
18.09.2014	Die fünf Abgeordneten der Partei der Regionen, die im Parlament Wahlkreise der Krim repräsentieren, legen ihre Mandate nieder.
18.09.2014	Präsident Petro Poroschenko ernennt Hennadij Moskal zum Gouverneur des Gebietes Luhansk. Moskal war im August 2014 von seiner Partei Vaterland ausgeschlossen worden, da er mit Poroschenko einen Kandidaten einer anderen Partei unterstützt hatte.
18.09.2014	Die USA überweisen der Ukraine weitere 53 Millionen Dollar an Hilfskrediten.
18.09.2014	Ein Mitarbeiter der Behörde für Katastrophenschutz kommt im umkämpften Osten des Landes ums Leben.
19.09.2014	US-Präsident Barack Obama lehnt es laut Präsident Petro Poroschenko ab, der Ukraine einen Sonderstatus in der NATO zu gewähren.
19.09.2014	Der russische Premierminister Dmitrij Medwedew erklärt, dass Russland Zölle für ukrainische Waren einführen werde, wenn die Ukraine vor dem 1. Januar 2016 mit der Implementierung des ökonomischen Teils des Assoziierungsabkommens mit der EU beginne. Zuvor hatten sich Russland, die Ukraine und die EU auf eine Übergangszeit geeinigt, in der das Assoziierungsabkommen nicht umgesetzt werden solle.
19.09.2014	Bei Gefechten in den Gebieten Luhansk und Donezk kommen zwei Soldaten ums Leben, sechs verschwinden.

19.09.2014	In Minsk tagen Vertreter der Kontaktgruppe zwischen der Ukraine, Russland und der OSZE. Auch Vertreter der Separatisten nehmen an den Verhandlungen teil.
19.09.2014	Die russische Agentur RIA Nowosti berichtet, dass die ersten Lieferungen eines dritten Hilfskonvois aus Russland im ukrainischen Zoll inspiziert würden. Der Nationale Sicherheitsrat der Ukraine erklärt, nichts von einem solchen Konvoi zu wissen.
20.09.2014	Ein Soldat kommt auf dem Gebiet der »Anti-Terror-Operation« ums Leben.
20.09.2014	Die Verhandlungsparteien der Ukraine, Russlands und der Separatisten unterzeichnen am frühen Morgen in Minsk ein Memorandum, das einen sofortigen Waffenstillstand und den Abzug aller ausländischen Streitkräfte vorsieht. Die Einhaltung der Waffenruhe soll von der OSZE überwacht werden. Auch Stunden nach der Unterzeichnung gehen die Kämpfe jedoch weiter und die NATO erklärt, dass sich noch immer russische Truppen auf dem Gebiet der Ukraine befänden.
21.09.2014	Das Pressezentrum der »Anti-Terror-Operation« erklärt, dass nach heftigem Beschuss durch Grad-Raketen der Separatisten bei einem Gegenangriff bis zu 40 Kämpfer getötet worden seien.
21.09.2014	Weitere 28 Soldaten kommen aus der Gefangenschaft der Separatisten frei.
22.09.2014	Der Nationale Sicherheitsrat lässt erklären, dass insgesamt etwa 1.200 Gefangene im Osten der Ukraine befreit worden seien. Man sehe erste Anzeichen dafür, dass die Führung der »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk bereit sei, den Friedensplan umzusetzen.
22.09.2014	Bei Gefechten im Gebiet der »Anti-Terror-Operation« der ukrainischen Armee kommen trotz des ausgehandelten Waffenstillstands zwei Soldaten ums Leben.
23.09.2014	Der Donezker Stadtrat berichtet, in der Nacht sei beim Beschuss von separatistischer Seite ein Zivilist ums Leben gekommen.
23.09.2014	Die EU-Kommission macht dem russischen Gaskonzern Gazprom und dem ukrainischen Gaskonzern Naftohaz einen Vorschlag zur vorläufigen Regulierung ihres Preiskonflikts bis zu einer endgültigen Entscheidung des Schiedsgerichts in Stockholm. Russland solle der Ukraine eine im Vorfeld verabredete Menge Gas zu einem »Übergangspreis« liefern, erklärt Energiekommissar Günther Oettinger.
23.09.2014	Die Regierung erklärt, sie werde die Anschaffung von strombetriebenen Boilern mit 20 % subventionieren, um die Heizungen der ukrainischen Haushalte unabhängig von Gas zu machen.
23.09.2014	Beim Beschuss eines Postens der ukrainischen Armee bei Mariupol kommt ein Soldat ums Leben.
24.09.2014	Einer der Anführer der Separatisten in Donezk, Oleksandr Sachartschenko, erklärt, dass beide »Volksrepubliken« Wahlen zu Parlament und Exekutive abhalten wollen. Die Parlamentswahlen sollen am 2. November 2014 stattfinden. Sachartschenko gibt außerdem zu Protokoll, dass die Separatisten die Durchführung der ukrainischen Parlamentswahlen in den von ihnen kontrollierten Gebieten verhindern wollen.
24.09.2014	Eine ukrainische Journalistengewerkschaft erklärt, dass in den Gebieten Donezk und Luhansk sieben Journalisten gefangen gehalten würden.
24.09.2014	Die NATO berichtet, dass ein Großteil der russischen Militäreinheiten aus der Ukraine abgezogen werde. Der Sprecher des ukrainischen Sicherheitsrates, Andrij Lysenko, bestreitet diese Information.
25.09.2014	In Mariupol beschießen Rebellen einen Posten der Armee. Mindestens zwei Soldaten kommen ums Leben.
25.09.2014	Der Blogger Dmytro Potekhin, der auch schon für die Ukraine-Analysen geschrieben hat, kommt aus der Haft der Separatisten frei. Er war seit dem 7. August 2014 festgehalten worden.
25.09.2014	Präsident Petro Poroschenko trägt dem Ministerkabinett auf, ein Gesetz auszuarbeiten, das die Abschaffung des blockfreien Status der Ukraine vorsieht.
25.09.2014	Bei der Ankündigung seines Reformprogramms »Ukraina 2020« erklärt Präsident Petro Poroschenko, dass es der Ukraine ermögliche, im Jahr 2020 einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Europäischen Union zu stellen.
25.09.2014	Der parteilose Abgeordnete Jurij Derewjanko erklärt, das neue »Lustrationsgesetz« erlaube es, Beamten, die mindestens ein Jahr unter Janukowytsch gearbeitet haben, für zehn Jahre die Arbeitserlaubnis zu entziehen. Es wird außerdem klar, dass von dem Gesetz die aktuellen Abgeordneten, die Polizei und der Präsident nicht betroffen sein werden.
26.09.2014	Ungarn stoppt seine Gaslieferungen an die Ukraine, nachdem die EU im Juni begonnen hatte, russisches Gas aus europäischen Staaten zurück in die Ukraine zu leiten. Der ungarische Energiekonzern FGSZ begründete den Schritt zunächst mit technischen Problemen, Premierminister Viktor Orban erklärt später, Ungarn könne es sich nicht leisten, die eigenen Lieferungen aus Russland zu gefährden.

26.09.2014	In der Zone der »Anti-Terror-Operation« werden weiterhin Dörfer und Stellungen der ukrainischen Armee beschossen. In Schtschastje kommt ein Zivilist ums Leben.
26.09.2014	Der russische Energieminister Aleksandr Nowak erklärt, die Verträge des russischen Gaskonzerns Gazprom mit den EU-Staaten sähen keinen weiteren Export vor. Im Falle eines Rückexports von Gas durch die EU-Staaten in die Ukraine könnte keine lückenlose Belieferung gewährleistet werden.
26.09.2014	In Charkiw schlägt eine Granate in ein Wohnhaus ein und richtet Sachschaden an. Bisher ist ungeklärt, von wem das Geschoss abgefeuert wurde.
26.09.2014	Die Ukraine, Russland und die OSZE einigen sich auf eine Pufferzone im Gebiet Donezk und Luhansk, aus der die schwere Artillerie der beiden Lager abgezogen werden soll.
26.09.2014	In Slawjansk werden bei zwei Friedhöfen insgesamt drei Massengräber gefunden. Die Beerdigten sollen etwa im Juni dieses Jahres umgekommen sein, als sich Slawjansk unter der Kontrolle der Separatisten befand.
26.09.2014	Die EU-Kommission, die im Gasstreit zwischen der Ukraine und Russland vermittelt, erklärt, dass die Ukraine bis Oktober etwa zwei Milliarden und bis zum Ende des Jahres noch einmal 1,1 Milliarden US-Dollar zahlen solle. Der russische Energieminister Aleksandr Nowak erklärt, dass Russland unter diesen Umständen die Lieferungen an die Ukraine bereits im Oktober wieder aufnehmen könnte.
27.09.2014	In Charkiw werden 20 Personen verhaftet, die trotz eines gerichtlichen Verbots eine Demonstration unter dem Motto »Marsch des Friedens« abhalten wollten. Unter den Festgenommenen ist Alla Aleksandrowskaja, ein ranghohes Mitglied der Kommunistischen Partei.
27.09.2014	Die ukrainische Armee berichtet, dass Separatisten erneut die Stadt Schtschastje beschießen. Dabei kommt ein Soldat ums Leben.
27.09.2014	Die Weltbank nennt die wichtigsten in der Ukraine anstehenden Reformen. Dazu gehören die Sicherstellung makroökonomischer Stabilität, die Stabilisierung des Bankensektors und die Bereitstellung von Konditionen für kräftiges Wirtschaftswachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze.
27.09.2014	In Mariupol kommt durch Granatenbeschuss eines Wohnhauses ein Zivilist ums Leben.
28.09.2014	Ein Stellvertreter des Energieministers Jurij Sjukow erklärt, dass von 93 Schächten im Donbass zurzeit nur 24 in Betrieb seien.
28.09.2014	Bei Donezk findet ein Gefangenenaustausch statt. Für 30 ukrainische Soldaten kommen 60 Kämpfer der Separatisten frei. Das Minsker Abkommen zum Waffenstillstand sieht solche Gefangenenaustausche vor. Präsident Petro Poroschenko erklärt später, seitdem das Abkommen am 5. September 2014 unterzeichnet worden sei, seien über eintausend Ukrainer freigekommen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2014 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Twitter

<https://twitter.com/laenderanalysen>